

POLITISCHE STUDIEN 493

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns
Seidel
Stiftung

71. Jahrgang | September-Oktober 2020 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

HEIMAT – MEHR ALS NUR EIN ORT



/// Im Zeitgespräch: Benehmt euch!

/// Von der gesundheitlichen zur ökonomischen Krise

/// Das Jahrzehnt der Gesundheit

/// Die US-Wahl 2020

www.hss.de



Heimat – das ist mehr als nur ein Ort,
vielmehr ein **GEFÜHL**.

OHNE HEIMAT IST MAN ENTWURZELT

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

50 Kilogramm Freigepäck, eingepfercht im Viehwaggon und vorher ein letzter Blick auf das Elternhaus in Eger – so ist mein Vater 1946 als 17-Jähriger mit seiner Mutter und Tante in seiner neuen Heimat in der Nähe von Freising angekommen. Sie mussten die alte Heimat verlassen, das Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit, die eine feste Heimstätte vermittelt, eintauschen gegen das Unbekannte und das Fremde. Die Flüchtlinge sind nicht immer freundlich in der neuen Heimat empfangen worden. Im Gegenteil: Meine Großmutter musste sich erst einmal mit polizeilicher Unterstützung Einlass in den ihnen zugewiesenen Dachboden verschaffen.

Meine Familie teilte das Schicksal mit 15 Millionen Deutschen, die aus ihren Wohnungen und Häusern und somit aus ihrer angestammten Heimat in Ostmitteleuropa, in Ost- und in Südosteuropa vertrieben worden sind. Sie mussten sich wieder neu sammeln, Fuß fassen und die neue Umgebung als Heimat akzeptieren lernen. Die meisten Flüchtlinge haben es geschafft und sind gut in der neuen Heimat angekommen. Wir haben in unserem Fokus Statements von Betroffenen eingefangen, die in dieser Situation waren. Jeder ging anders damit um.

Heimat – das ist mehr als nur ein Ort, vielmehr ein Gefühl. Dazu haben wir unseren bayerischen Finanz- und Heimatminister Albert Füracker gebeten, über unser „lebenswertes“ Bayern nachzudenken. Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius, zeichnet den Verlust der Heimat nach und ein junger Unternehmer kehrt nach Jahren wieder in seine niederbayerische Heimat zurück. Freuen Sie sich auf eine interessante Lektüre.

Barbara Fürbeth

Barbara Fürbeth
ist Leiterin des Referats „Publikationen“
der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



16

INHALT



62



40



56

IM FOKUS

12 HEIMAT – MEHR ALS NUR EIN ORT

Einführung

VERENA HAUSNER

16 UNSERE LEBENSWERTE HEIMAT BAYERN

In Tradition und Offenheit, Vielfalt
und Wandel verbunden

ALBERT FÜRACKER

22 MUT ZUR HEIMAT

Ich geh wieder heim ...

TOBIAS BALS

31 DAS SCHICKSAL DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN

Als Millionen Deutsche ihre
Heimat verloren

BERND FABRITIUS

40 DER MENSCH HAT IMMER EINE HEIMAT

Aufbruch, Sehnsucht, Blick zurück

VERENA HAUSNER

POLITISCHE-STUDIEN- ZEITGESPRÄCH

06 BENEHMT EUCH!

Dem Hass keine Plattform ...

KLAUS-DIETER HARTLEB

ANALYSEN

47 VON DER GESUNDHEITLICHEN ZUR ÖKONOMISCHEN KRISE

COVID-19 vs. Wirtschaft-20?

DANIEL GOTTAL / DAVID STADELMANN

56 DAS JAHRZEHT DER GESUNDHEIT

Plädoyer für einen gesunden
Wettbewerb neuer Ideen

KLAUS HOLETSCHEK

62 DIE US-WAHL 2020

Wahlkampagnen in Krisenzeiten

ANDRÉ HALLER / HENDRIK MICHAEL

AKTUELLES BUCH

73 WIE WIRD MAN EIN GEBILDETER MENSCH?

Lasst uns drüber reden ...

VERENA HAUSNER

RUBRIKEN

03 EDITORIAL

76 REZENSIONEN

80 ANKÜNDIGUNGEN

82 IMPRESSUM



Quelle: iStock.com / Raw18



**/// IM ZEITGESPRÄCH:
KLAUS-DIETER HARTLEB**

bekämpft als Beauftragter der bayerischen Justiz strafrechtlich die zunehmende Hassrede im Internet.

/// Dem Hass keine Plattform ...

BENEHMT EUCH!

Wer im Internet oder sonst wie anonym Hass predigt, beleidigt und mit Gewalt droht, wird in Bayern zukünftig schnell Bekanntschaft mit Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Hartleb machen. Er ist seit 1. Januar 2020 der erste Beauftragte der bayerischen Justiz zur strafrechtlichen Bekämpfung von Hate Speech und koordiniert diesbezüglich nun alle 22 bayerischen Staatsanwaltschaften. Wir haben den Juristen zu seinen Aufgaben und Zielen befragt.

Politische Studien: Herr Oberstaatsanwalt Hartleb, Glückwunsch zunächst nochmals zu Ihrer Ernennung. Im Internet und den sozialen Medien ist ja leider eine zunehmende Hetze zu beobachten. Es wird beleidigt, gedisst, gehatet, bedroht ... gerne und oftmals auch anonym und es kann jeden treffen. Verroht unsere Gesellschaft mit der Digitalisierung?

Klaus-Dieter Hartleb: Herzlichen Dank für die Glückwünsche. Dass unsere Gesellschaft mit der Digitalisierung verroht, würde ich so pauschal nicht sagen. Zwar leistet die Anonymität im Internet der Hassrede Vorschub. Auch haben entsprechende Äußerungen im Internet eine viel größere Reichweite als in der analogen Welt. Man muss aber auch sagen, dass die Mehrzahl strafbarer Hassrede im Internet von einer Minderheit ausgeht, die aber bisweilen als Mehrheit wahrgenommen wird, weil sie durch geschickte Vervielfältigung einen hohen Verbreitungsgrad ihrer Hassbotschaften generiert. Gegen diese Gruppe gilt es, konsequent vorzugehen.

Eine Umfrage des Städtetages hat ergeben, dass v.a. Politiker Zielscheibe von „Hate Speech“ sind. 80% der Bürgermeister wurden schon einmal Beleidigungsopfer

im Netz. Woran liegt das und warum wehren sich hier viele nicht dagegen? Der Fall von Renate Künast, die gerichtlich dagegen vorging, war da ja eher die Ausnahme.

Viele der Anfeindungen sind sicherlich im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik zu sehen. Aus einer Umfrage aus dem Jahr 2016 geht hervor, dass fast in jeder zweiten deutschen Kommune Bürgermeister, Mitarbeiter oder Gemeinderäte im Zusammenhang mit ihrer Flüchtlingspolitik persönlich beschimpft oder beleidigt worden sind. In jüngerer Zeit sind verstärkt Hasspostings im Zusammenhang mit den Einschränkungen aufgrund der Coronapandemie zu beobachten. Tatsächlich verzichten im politischen Leben stehende Personen nicht selten auf die Erstattung einer Strafanzeige. Über die Gründe kann man nur spekulieren. Ein Grund dürfte auch in der Arbeitsbelastung liegen und darin, dass das Stellen einer Strafanzeige als zu zeitintensiv erscheint.

Laut dieser Umfrage wurden die meisten Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Reichte die bisherige Gesetzgebung hier nicht aus oder hat man das Problem bislang unterschätzt?

”

Die **ANONYMITÄT** im Internet leistet der Hassrede Vorschub.

”

Ein hoher Grad an Spezialisierung sowie eine Strafverfolgung vor Ort sind der **SCHLÜSSEL** für eine effiziente Strafverfolgung von Hate-Speech-Straftaten.

Die bisweilen als hoch empfundenen Einstellungsquoten resultieren zum einen daraus, dass nicht jede hetzerische Äußerung zugleich eine Straftat darstellt. Es ist oft eine Abwägung zwischen der Meinungsfreiheit des Äußernden und dem Ehrenschutz des Geschädigten vorzunehmen. Nicht selten ist dann festzustellen, dass die Äußerung noch von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Zum anderen gestaltet sich die Täterermittlung im Hate-Speech-Bereich oft schwierig. Dies liegt nicht zuletzt an der zum Teil geringen Auskunftsbereitschaft der sozialen Netzwerke gegenüber den Strafverfolgungsbehörden. Auch die faktische Aussetzung der Vorratsdatenspeicherung ist hier ein Problem.

Im Internet habe sich etwas zusammengebraut, was eine echte Gefahr für unsere Demokratie sei, stellte Justizminister Georg Eisenreich fest. Wie gehen Sie als Hate-Speech-Beauftragter nun dieses Problem an? Welche Möglichkeiten und Instrumente haben Sie, dagegen vorzugehen?

In Bayern wurden bei jeder Staatsanwaltschaft Sonderdezernate zur Bekämpfung von Hate-Speech einge-

richtet. Hierdurch wurden die Strukturen zur Bekämpfung von Hate-Speech nochmals verbessert. Denn ein hoher Grad an Spezialisierung sowie eine Strafverfolgung vor Ort sind der Schlüssel für eine effiziente Strafverfolgung von Hate-Speech-Straftaten. Meine Aufgabe als Hate-Speech-Beauftragter ist es, die Sonderdezernate zu koordinieren. Zudem führe ich besonders gewichtige Ermittlungsverfahren in Hate-Speech-Sachen selbst.

Die Sonderdezernate und ich bedienen uns bei der Täterermittlung der Instrumente, die von der Strafprozessordnung vorgegeben werden, also insbesondere Bestands- und Verkehrsdatenabfragen, weitere spezielle Internetermittlungen und Wohnungsdurchsuchungen.

Gibt es ein konkretes Beispiel dazu?

Ein konkretes Beispiel ist etwa ein Ermittlungskomplex, den die Staatsanwaltschaft Deggendorf führte. Diesem lag folgender Sachverhalt zugrunde: Ende 2017 fand in Deggendorf eine Demonstration von Asylbewerbern zum Thema „Keine Abschiebungen mehr, schlechtes Essen“ statt.

Der Demonstrationszug wurde per Live-Stream auf der Internetplattform der AfD-Bayern veröffentlicht. Noch während des Aufzuges kam es zu einer Vielzahl von allen Internetnutzern zugänglichen Kommentierungen auf der Internetseite. Dabei wurde eine beträchtliche Anzahl von Hasskommentaren festgestellt, die den Verdacht der Volksverhetzung begründeten. Nach Auswertung der Kommentare wurden gegen 259 zunächst unbekannte Täter Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. In der weit überwiegenden Anzahl der eingeleiteten Verfahren konnten die Täter – trotz mangelnder Kooperation des Netzbetreibers – durch akribische Ermittlungsarbeit identifiziert und bereits eine Verurteilung herbeigeführt werden. Konkret wurde in 195 Verfahren Strafbefehl zum Amtsgericht Deggendorf wegen Volksverhetzung beantragt bzw. Anklage erhoben. Die meisten Täter wurden bereits rechtskräftig verurteilt.

Sehen Sie auch die Betreiber der Netzwerke und Plattformen in der Mitverantwortung und wenn ja, wie kann man diese staatlicherseits einfordern und gewährleisten?

Die Betreiber sozialer Netzwerke sind in der Pflicht, ihren Beitrag zur Eindämmung von Hate-Speech zu leisten. Denn es kann nicht sein, dass sie zwar große Gewinne erzielen, wogegen natürlich nichts einzuwenden ist, andererseits aber die Gesellschaft mit den negativen Folgen der durch ihre Plattformen verbreiteten Hassbotschaften alleinlassen. Dieser sozialen Verantwortung kommen nur wenige Netzwerke einigermaßen zufriedenstellend nach. Insofern ist die vom Bundesgesetzgeber geplante Einführung einer Pflicht der großen sozialen Netzwerke, strafbare Hasspostings den Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen, zu begrüßen.

Wie kann man Ihrer Meinung nach vorbeugend gegen die zunehmende Hetze im Netz vorgehen? Braucht es hier so etwas wie eine grundlegende „digitale Bildung“, eine „Netz-Kunde“, z. B. im Rahmen eines neuen Schulfaches „Digitalisierung“?

Als Staatsanwalt konzentriere ich mich natürlich auf die repressive Bekämpfung von Hetze im Netz und weniger auf vorbeugende Maßnahmen, sodass ich hierzu nur allgemein sagen kann, dass (schulische) Bildung ein wichtiger Baustein zur Ein-

”

Die erste Bilanz ist **POSITIV.**

dämmung von Hate-Speech ist. Oft fußt Hate-Speech ja auf einer mangelnden Fähigkeit, Sachverhalte differenziert betrachten zu können.

Mussten Sie selber auch schon Erfahrung mit „Hate-Speech“ machen?

Natürlich musste ich im Rahmen meiner Tätigkeit auch schon Erfahrung mit Hate-Speech machen. Bislang hielt sich dies jedoch in Grenzen.

Es wird ja immer mit der grundrechtlich geschützten Meinungsfreiheit argumentiert, wenn bestimmte Äußerungen getätigt werden. Wann hört die Meinungsfreiheit eigentlich aus Sicht der Strafjustiz auf?

Die Meinungsfreiheit hört immer dann auf, wenn ein Straftatbestand verwirklicht wird. Wann dies jedoch der Fall ist, lässt sich nicht pauschal sagen und ist immer vom Einzelfall abhängig.

Wie ist Ihre erste Bilanz in Ihrem neuen Amt? Konnten Sie schon Erfolge erzielen?

Die erste Bilanz ist positiv. Wir haben im Laufe der vergangenen Monate in Bayern die ohnehin schon schlag-

kräftigen Strukturen im Kampf gegen Hate-Speech weiter ertüchtigt. Auch wurde die Vernetzung mit den Staatsanwaltschaften anderer Bundesländer, die im Bereich Hate-Speech tätig sind, vorangetrieben. Anfang Juni 2020 wurde eine bundesweite Durchsuchungsaktion im Zusammenhang mit Hasspostings zum Nachteil des ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke durchgeführt. Die auf Bayern entfallenden Ermittlungen führe ich als Hate-Speech-Beauftragter.

Das Internet: Für Sie mehr Fluch oder Segen?

Ich denke, dass insgesamt die positiven Effekte des Internets die negativen bei Weitem überwiegen.

Die Fragen stellte Verena Hausner, Stv. Leiterin des Referats „Publikationen“, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///

”

Die Betreiber sozialer Netzwerke sind in der **PFLICHT, ihren Beitrag zur Eindämmung von Hate-Speech zu leisten.**

/// Einführung

HEIMAT – MEHR ALS NUR EIN ORT

VERENA HAUSNER /// Heimat – jeder hat eine, manche auch mehrere. Man kann sie verlieren, zu ihr zurückkehren, eine neue dazugewinnen, sich nach ihr sehnen, sie lieben und pflegen oder auch verlassen ... Aber was ist Heimat, gerade in einer vernetzten, globalisierten Welt? Nur ein Wort oder Ort? Oder doch viel mehr?

Was bedeutet Heimat? Jeder definiert diesen Begriff für sich anders und hat dazu seine ganz eigene Assoziation. Für den einen hat der Begriff etwas Altmöbliches, Verstaubtes, ein anderer hingegen verbindet damit das Gefühl von Geborgenheit und heiler Welt. Manch anderer wiederum denkt dabei an Kitsch

und Klischees wie z.B. Heimat-Film oder Heimat-Roman. Aber Heimat ist nicht nur ein geografischer, territorialer Punkt, ein identitätsstiftender Bezug oder ein Gefühl, das z. B. Erinnerungen und Sehnsucht auslöst, sondern vielmehr ein Zusammenspiel all dessen. Heimat setzt sich zusammen aus Raum, Zeit, Tradition und Gemeinschaft.

So verstanden ist Heimat nicht allein der Herkunftsnachweis, sondern stellt auch den Rahmen für eine Lebensmöglichkeit dar. Und diese erfährt in einer sich rasant digitalisierenden und globalisierenden Welt seit geraumer Zeit eine Renaissance: Man besinnt sich wieder zunehmend auf die Heimat. Und dieser

HEIMAT hat eine räumliche, zeitliche, kulturelle und soziale Dimension.



Heimat – ein Begriff der schon immer mit vielen Klischees behaftet war, aber mittlerweile wieder an Wert und Bedeutung gewinnt.

Entwicklung trägt auch die Heimatpolitik in Bayern Rechnung.

2013 hat der Freistaat das Bayerische Heimatministerium als Teil des Finanzministeriums gegründet. Das Heimatministerium gestaltet, koordiniert und fördert die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der „Heimatstrategie“. Die Schwerpunkte der Heimatpolitik erläutert Heimatminister Albert Füracker, in seinem grundlegenden Beitrag und zeigt auf, wie die bayerischen Kommunen dabei vom Freistaat unterstützt werden, „Heimat vor Ort“ zu sein, zu bleiben oder noch zu werden. Ziel dabei ist es, durch eine aktive Strukturpolitik gleichwertige Lebens- und Arbeitsver-

hältnisse in ganz Bayern und so die Grundlagen für eine attraktive Heimat zu schaffen und langfristig zu sichern. Schwerpunkte der Heimatstrategie sind kommunaler Finanzausgleich, Breitbandausbau, Behördenverlagerung, Dezentralisierung der Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen, Strukturentwicklung und Stärkung der Regionalkultur. Weitere Themen seit 2018 sind Heimatpflege und Regionale Identität.

Bayerns Heimatpolitik ist erfolgreich, resümiert Füracker: „[...] Bayerns ländlicher Raum ist entscheidend vorgekommen – heute ist er Heimat für immer mehr Menschen und ein attraktiver Wirtschaftsstandort.“

Bayerns Heimatpolitik ist ERFOLGREICH.

Das gilt auch für Tobias Bals, Gründer und Inhaber der Werbeagentur pixeltypen_, der nach Jahren in der Stadt Regensburg wieder in seinen Heimatort Viechtach im Bayerischen Wald zurückgekehrt ist. Er erzählt in seinem Beitrag ganz praxisnah von seinen Erfahrungen, die er bei der Rückkehr in die „neue“ alte Heimat gemacht hat. Dabei verschweigt er nicht, welche strukturellen Herausforderungen er zu meistern hatte. Gleichzeitig beschreibt er auf lebendige Weise, welches Potenzial in der Region steckt und wie man hier mit Motivation und Inspiration etwas bewirken und erreichen kann. Die Rückkehr war für den Jungunternehmer Bals nicht nur arbeitsmäßig eine gute Entscheidung, sondern auch auf sein Leben bezogen, wie er betont: „[...] hier funktioniert die Work-Life-Balance [...] Wir haben Natur, wir haben Kultur ... und mittlerweile auch erfüllende Jobmöglichkeiten in innovativen Unternehmen [...]“. Und er schätzt das Gefühl des Angekommen-Seins, welches ihm die Heimat vermittelt. Das empfinden auch seine Mitarbeiter so, wie eine Umfrage dazu zeigt.

Aber nicht jeder, der in seine Heimat zurückkehren möchte, kann dies tun. Nicht jeder hat seinen Heimatort freiwillig verlassen, sondern musste der Umstände wegen fliehen oder wurde vertrieben. So erging es beispielsweise Millionen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, wie Bernd Fabritius, der Be-

auftragte der Bundesregierung für Ausiedlerfragen und nationale Minderheiten und Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), in seinem Beitrag aufzeigt. Er schildert dabei nicht nur den Verlauf dieser Flucht und Vertreibung mit all seinen dramatischen Begleitumständen, sondern stellt auch dar, was dieser Heimatverlust bei den Menschen bewirkt. Neben den erzwungenen geografischen Veränderungen, verbunden mit den dortigen schwierigen Anfangsbedingungen, zeigen sich auch oftmals im psychischen Bereich lebenslang traumatische Erscheinungen. Bei allem Willen zur gegenseitigen Aussöhnung bleiben bei vielen Betroffenen die Sehnsucht nach der alten Heimat und die Erinnerungen unauslöschlich. „Verlust der Heimat bei Demütigung und Erniedrigung, der existenzielle Bruch im Lebensalltag und tiefe Verletzungen der Seele: Wie ein unsichtbarer Schatten aus der Vergangenheit hat dieses Schicksal die Vertriebenen über Jahrzehnte geprägt“, schreibt Fabritius resümierend dazu. Am 5. August vor 70 Jahren wurde die Charta der Heimatvertriebenen in Stuttgart unterzeichnet, die zu Versöhnung, Frieden und einem vereinten Europa aufrief.

Das Spannungsfeld zwischen alter und neuer Heimat beleuchtet die abschließende Umfrage einiger Betroffener. Wir haben diese Zeitzeugen nach ihren Erinnerungen befragt. Dabei woll-

HEIMATVERLUST wirkt traumatisierend.

ten wir wissen, welche Gefühle der Verlust ihrer Heimat in ihnen ausgelöst und was er mit ihnen gemacht hat. Spannende und lebendige Eindrücke sind das Ergebnis.

„Ubi bene, ibi patria“: Wo es Dir gut geht, da ist Heimat. Kann man das so global sagen oder definiert nicht doch eher jeder sein Heimatgefühl ganz individuell für sich? Sicherlich existiert neben der historischen und territorialen Dimension auch ein innerer eigener Bezug zur Definition von Heimat und Heimatgefühl. Und somit ist Heimat eben mehr als nur ein Wort oder Ort. Oder, um es mit Otto von Bismarck zu sagen: „Wie schön ist es, eine Heimat zu haben und eine Heimat, mit der man durch Geburt, Erinnerungen und Liebe verwachsen ist.“ ///



/// **VERENA HAUSNER**

ist Stv. Leiterin des Referats „Publikationen“,
Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkung

* Bismarck, Otto: Briefe. An seine Braut Johanna von Puttkammer, 1. Februar 1847.

/// In Tradition und Offenheit, Vielfalt und Wandel verbunden

UNSERE LEBENSWERTE HEIMAT BAYERN

ALBERT FÜRACKER /// Heimat – in einer Welt, die sich immer schneller dreht und vernetzt, klingt der Begriff manchmal fast wie ein Anachronismus. Dennoch hat er in den vergangenen Jahren eine beachtliche Renaissance erfahren. Gerade in einer Welt, in der man vermeintlich jederzeit überall sein kann, werden die Fragen lauter: Woher komme ich? Was hat mich geprägt? Wo ist heute meine „Heimat“? Heimat drückt ein tiefes Bedürfnis der Menschen aus und besitzt eine Bedeutungstiefe, dem kaum ein anderer Begriff nahekommt.

Was ist Heimat?

Was führt dazu, dass Heimat entsteht, dass ein Ort oder eine Region als „Heimat“ wahrgenommen werden? Wichtigstes Element der Heimat sind für viele Menschen soziale und emotionale Bindungen – die Nähe zu Freunden und Familie, das soziale Miteinander der Menschen. Aber auch das Lebensgefühl, Natur, Kultur und Sprache tragen maßgeblich dazu bei, sich in einer Region zuhause zu fühlen. Für mich persönlich ist Heimat der Ort, an dem ich mich wohlfühle und zu dem ich immer wieder gerne zurückkehre. Soziale Kontakte, persönliche Erinnerungen und emotionale Erlebnisse bewirken eine Verankerung in der

Region. Der Heimatbegriff umschreibt demnach kein territorial abgegrenztes Gebiet, sondern vielmehr eine emotionale und soziale Gemeinschaft, deren räumliche Zugehörigkeit durchaus unscharf sein und sich auf verschiedenen Ebenen abspielen kann. Heimat ist Lebensraum,

Heimat **DEFINIERT** sich nicht nur örtlich, sondern auch emotional und sozial.



Heimatspflege geschieht auch durch das Aufrechterhalten von Traditionen. Sie stellen ein Band zur Heimat dar.

Sozialraum und vor allem auch Gestaltungsraum mit vielen Facetten.

Für die Gesellschaft ist Heimat etwas Verbindendes, das uns in aller Vielfalt im Kern zusammenhält. Dabei ist das Heimatverständnis immer subjektiv. Nicht „der Staat“, „die Politik“ oder gar einzelne Parteien können festlegen, was Menschen unter Heimat zu verstehen haben. Vielmehr definieren die Menschen selbst, was Heimat für sie ganz persönlich bedeutet.

Abschied und Ankommen

Jeder kennt mehr oder weniger das Gefühl von Heimweh. Von klein auf verabschieden wir uns aus lieb gewonnenen Heimaträumen – aus dem Kindergarten, der Schulzeit, dem Elternhaus. Diese emotionalen Abschiede sind stets auch verknüpft mit einem Neu-Ankommen wie in der ersten eigenen Wohnung, neuen Freundschaften und Beziehungen, neuen Orten und Lebenswirklichkeiten. Trotz all dieser Abschiede, die unser Le-

ben durchziehen, geht Heimat nie verloren, sie wandelt sich nur. Als das Umfeld, das uns nachhaltig geprägt hat, wird sie immer ein Teil von uns sein. Jede Weiterentwicklung bietet vielmehr die Chance, Heimat weit(er) zu denken.

In einer sich schnell verändernden Welt gibt es immer wieder Situationen, in denen Menschen das Gefühl haben, dass ein Stück Heimat wegbricht. Wo vertraute Kulturlandschaften sich verändern, wo das Ortsbild sich wandelt, wo vielfältige regionale Kultur einer globalen Einheitskultur zu weichen scheint. Ziel bayerischer Heimatpolitik ist es, die Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße Verknüpfung von Tradition und Moderne zu schaffen und die Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Heimat in Auseinandersetzung mit der Tradition selbst zu gestalten. Dafür ist es wichtig, das Bewusstsein für unser kulturelles Erbe zu stärken und gleichzeitig zu verdeutlichen, dass sich die menschliche Kultur, selbst jahrhundertealte Traditio-

nen und Bräuche, stets mit den Menschen gewandelt und immer wieder an veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen angepasst haben.

Tragisch wird es immer da, wo Heimat durch äußere Zwänge verloren geht. Wo Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden oder dort keine Lebensgrundlage mehr sehen. Und doch zeigt die Geschichte, dass es möglich sein kann, in einer neuen Heimat im wahren Sinne des Wortes „anzukommen“. Voraussetzung dafür ist Offenheit sowohl auf Seiten der Neuankömmlinge als auch auf Seiten der aufnehmenden Gesellschaft. Dazu beitragen kann eine aktive Gemeinschaft – Engagement und Aufgehobensein in der örtlichen Gemeinschaft ist ein wirksames Mittel gegen Ausgrenzung. Ein Beispiel dafür ist die Jugendarbeit von Verbänden und Vereinen, in der Integration selbstverständlich gelebt wird.

Ankommen in der Heimat setzt **OFFENHEIT** voraus.

Heimatverständnis

Allzu oft wurde der Heimatbegriff sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart missbraucht – eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Thema ist unabdingbar. Aufgabe der Heimatpolitik sowie der Heimatpflege in einem freiheitlich demokratischen Staat ist es, ein offenes und inklusives Heimatverständnis zu vermitteln und ausgrenzenden sowie abwertenden Be-

strebungen eine klare Absage zu erteilen. Aufbauend auf dem Bewusstsein, in unserer Vielfalt und Einzigartigkeit Teil eines großen Ganzen zu sein, kann ein pluraler Heimatbegriff mit Leben erfüllt werden. Andererseits darf die Heimat aber auch nicht der Beliebigkeit preisgegeben werden, denn sonst verliert sie ihre bindende Kraft.

Heimat und Heimatpolitik in Bayern

Aber was macht gerade unsere bayerische Heimat aus? Welche speziellen Charakteristika bewirken, dass wir dieses Land als unsere Heimat wahrnehmen? Bayern ist geprägt und getragen von seinen Menschen. Daneben zeichnet sich der Freistaat auch durch eine Mischung aus wirtschaftlichem Erfolg, Lebensqualität, Kultur und Naturschönheit aus. „Laptop und Lederhose“ ist nicht nur ein Werbeslogan, sondern beschreibt die Attraktivität des Freistaats im Zusammenspiel zwischen Tradition und Moderne. Elementar ist auch der gesellschaftliche Zusammenhalt – das bayerische Herz schlägt sowohl in der Großstadt wie auch im ländlichen Raum.

Diese Werte sind auch ein Leitbild unserer Politik. Dabei ist Heimatpolitik eine breite Gestaltungsaufgabe, die harte und weiche Faktoren vereint. Um dies optimal umzusetzen, wurde 2013 das Bayerische Heimatministerium gegründet und die strukturpolitischen Instrumente im Zuständigkeitsbereich des Finanz- und Heimatministeriums als „Heimatstrategie“ gebündelt. Damit werden gute technische und ökonomische, aber auch soziale und kulturelle Rahmenbedingungen geschaffen. „Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern“ ist oberstes Ziel bayerischer Heimatpolitik, die bayerische Heimatstrategie ist eine

wichtige Maßnahme, um dieses Verfassungsziel zu erreichen. Gleichwertig bedeutet dabei aber nicht gleichartig, vielmehr soll in allen Regionen des Landes Chancengleichheit ermöglicht werden.

Das Heimatministerium fördert, koordiniert und schafft Rahmenbedingungen, damit die Menschen ihre Heimat selbst gestalten können. Unsere Heimatstrategie, mit den Schwerpunkten Kommunalen Finanzausgleich, Breitbandausbau, Behördenverlagerung, Dezentralisierung der Hochschul-/Wissenschaftseinrichtungen und Strukturentwicklung sowie Stärkung der Regionalkultur, trägt dazu bei, die Grundlagen für eine attraktive Heimat langfristig zu sichern.

Die bayerischen Kommunen sind „Heimat vor Ort“. Der Freistaat unterstützt sie mit vielfältigen Leistungen innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs und leistet damit einen erheblichen Beitrag zu ihrer soliden Finanzausstattung. Ein Großteil der Leistungen an die Kommunen, rund 60 %, ist im kommunalen Finanzausgleich gebündelt. Dieser erreicht im Jahr 2020 ein neues Rekordniveau von erstmals über 10 Milliarden Euro und wird auch trotz Krisenzeiten voll ausbezahlt. Mit Schwerpunkten auf der effektiven Unterstützung von finanzschwächeren Kreisen, Städten und Gemeinden sowie

Das bayerische Heimatministerium schafft die Rahmenbedingungen für **GLEICHWERTIGE** Lebens- und Arbeitsverhältnisse.

der Stärkung kommunaler Investitionen wird auch im Jahr 2020 wieder ein starkes Signal für die kommunale Selbstverwaltung gesetzt.

In Zeiten fortschreitender Digitalisierung ist der Breitbandausbau von höchster strategischer Bedeutung und trägt zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bei. Gerade im ländlichen Raum ist der Aufbau leistungsfähiger Breitbandnetze allerdings sehr aufwendig und für Telekommunikationsunternehmen oft unwirtschaftlich. 2.018 von 2.056 bayerischen Gemeinden nutzen daher die Breitbandförderung des Freistaats. Vor allem in ländlichen Gemeinden zeigt sich der Erfolg deutlich: Seit 2013 hat sich dort die Versorgungsquote mit einer Bandbreite von mindestens 30 Mbit/s um rund 63 Prozentpunkte auf mittlerweile 90 % erhöht. Nach Abschluss aller geplanten und laufenden Baumaßnahmen werden 99 % der bayerischen Haushalte über diese Bandbreite verfügen. Doch die Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Netze steigen stetig. Dank der Förderung ist aber jetzt die Glasfaser bereits in jeder Gemeinde und es wurden über 137.000 direkte Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude realisiert. Mit der neuen Bayerischen Gigabitrichtlinie fördert der Freistaat seit März 2020 ausschließlich diese Variante. Damit wird die Chancengerechtigkeit in Bayern auch auf technologisch zukunftsichere Beine gestellt.

Ein weiteres zentrales Element aktiver bayerischer Strukturpolitik ist die Behördenverlagerung. Damit kommen neue Chancen und Möglichkeiten unmittelbar zu den Menschen – direkt in ihre Heimat. Innerhalb von 10 Jahren ist die Verlagerung von rund 70 Behörden und staatlichen Einrichtungen mit

mehr als 2.700 Arbeits- und 930 Studienplätzen geplant. Die bisherige Umsetzung trifft auf positive Resonanz: In allen Regionen Bayerns werden zukunfts-fähige, qualifizierte, sichere Arbeitsplätze sowie neue Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten geschaffen. Die Bauinvestitionen bewirken einmalige regionalwirtschaftliche Effekte, die Konsumausgaben der Mitarbeiter vor Ort sorgen für Wachstum. Die Maßnahme soll auch als Vorbild für die Wirtschaft dienen und zeigen, dass alle Regionen Bayerns, insbesondere auch die ländlichen Räume, attraktive Standortfaktoren und Lebensbedingungen bieten. Dieser erfolgreiche Weg soll fortgesetzt werden. Weitere Behördenverlagerungen in alle Regierungsbezirke Bayerns sind bereits in Planung. Diese Projekte ermöglichen damit noch mehr Menschen, in ihrer Heimat zu bleiben und diese auch in Zukunft aktiv mitgestalten zu können.

Dasselbe gilt für die seit 2014 laufende, gezielte Dezentralisierung von Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen. Im Rahmen von Offensiven für Nord- und Südbayern wurden so insbesondere auch im ländlichen Raum kräftige Impulse für die Regionen gesetzt. Die Ansiedlung der Einrichtungen soll Multiplikatoreffekte in den Regionen auslösen, aber auch bestehende Struk-

turen in Qualität und Quantität verbessern und intensivieren.

Für Chancengleichheit im ganzen Land setzen wir dort an, wo Bayern noch Aufholbedarf hat und unterstützen die Strukturentwicklung mit weiteren Maßnahmen. So wurde für den bayerisch-tschechischen Grenzraum ein Entwicklungsgutachten erstellt, auf dessen Basis Leuchtturmprojekte vor Ort gefördert werden. Zudem wurden regionale Initiativen wie Regionalmanagement, Regionalmarketing und Konversionsmanagement massiv ausgebaut und mit besseren Förderkonditionen ausgestattet.

Mit der Umressortierung im Herbst 2018 wurde die Zuständigkeit des Heimatministeriums um weitere Heimatthemen erweitert. So sollen Heimatpflege und Regionale Identität in ganz Bayern gezielt unterstützt werden. Der Freistaat fördert unter anderem Organisationen und Verbände der Heimatpflege sowie der Volksmusikpflege und -forschung. Historische Heimatschauspiele und sonstige innovative Projekte und Veranstaltungen der Heimatpflege können aus dem Förderprogramm Regionalkultur unterstützt werden.

Ebenfalls Teil der Heimatpflege ist die Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens zum Immateriellen Kulturerbe. Überliefertes Wissen und Können sowie Alltagskulturen sollen erhalten und sichtbar gemacht werden. Teil der innerstaatlichen Umsetzung ist die Einrichtung eines Bundesweiten Verzeichnisses, daneben gibt es ein eigenes Bayerisches Landesverzeichnis. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für dieses in dieser Form in Deutschland noch jungen Themas ist eine wichtige Aufgabe. Immaterielle Kulturformen wie Musik, Tanz und Bräuche verankern ein Gefühl der Identität und Kontinuität in einer

Gemeinschaft und verdeutlichen zugleich die Lebendigkeit und den stetigen Wandel von Traditionen. Dabei ist auch die Regionale Identität ein wichtiges Thema: Die einmaligen Kulturlandschaften Bayerns, die gelebten Traditionen und kulinarischen Spezialitäten machen Heimat zum „Zuhause“. Mit der Stärkung der regionalen Identität sollen diese Vorzüge noch besser erlebbar gemacht und die Menschen für ihre bayerische Heimat begeistert werden.

Heimat ist aber nicht Kulisse, sondern vielfältiger Gestaltungsraum, mit der Möglichkeit, sich aktiv zu beteiligen. Neben vielfältigen Förderprogrammen unterstützt und honoriert das Heimatministerium auch herausragende Leistungen im kommunalen und bür-

Heimatpflege sowie Regionalkultur und -identität werden staatlich gefördert und ANERKANNT.

gerschaftlichen Engagement. Wir wollen eine lebendige Anerkennungskultur etablieren. Um einige Beispiele zu nennen: Der Freistaat Bayern würdigt mit dem „Heimatpreis Bayern“ besondere Verdienste für unsere Heimat, mit dem „Gütesiegel Heimatdorf“ werden kleine Gemeinden ausgezeichnet, die überragende Lebensqualität, besondere Heimatverbundenheit und beste Zukunftschancen für ihre Bewohner bieten, und regionale Verdienste um die Mundartpflege und -forschung werden durch den „Dialektpreis Bayern“ gewürdigt.

Bayerns Heimatpolitik erzielte innerhalb weniger Jahre messbare Erfolge. Die Lebensqualität ist in ganz Bayern hoch – Bayerns ländlicher Raum ist entscheidend vorangekommen – heute ist er Heimat für immer mehr Menschen und ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Ein stetiges Bevölkerungswachstum in den vergangenen Jahren, sowohl in den Verdichtungsräumen als auch im ländlichen Raum, belegt die Attraktivität des Freistaates.

Mit der Corona-Krise steht Bayern im Jahr 2020 vor einer ungeahnten Herausforderung. Bayern hat schnell und unbürokratisch reagiert und einen breiten Schuttschirm gespannt, um die Auswirkungen nach Kräften einzudämmen. Gerade auch die besonders betroffene Kulturszene, das lokale Vereinsleben sowie die Gastronomie machen für viele Menschen ein wesentliches Stück Heimat aus. Auch vor diesem Hintergrund bleibt die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen auch in Zukunft eine Daueraufgabe. Wir arbeiten weiter daran, unsere Heimat lebens- und liebenswert zu erhalten. ///



/// ALBERT FÜRACKER MDL
ist Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat, München/Nürnberg.

Die Verlagerung von Behörden und Wissenschaftseinrichtungen in die Region ermöglichen vielen den VERBLEIB in der Heimat.

/// Ich geh wieder heim ...

MUT ZUR HEIMAT

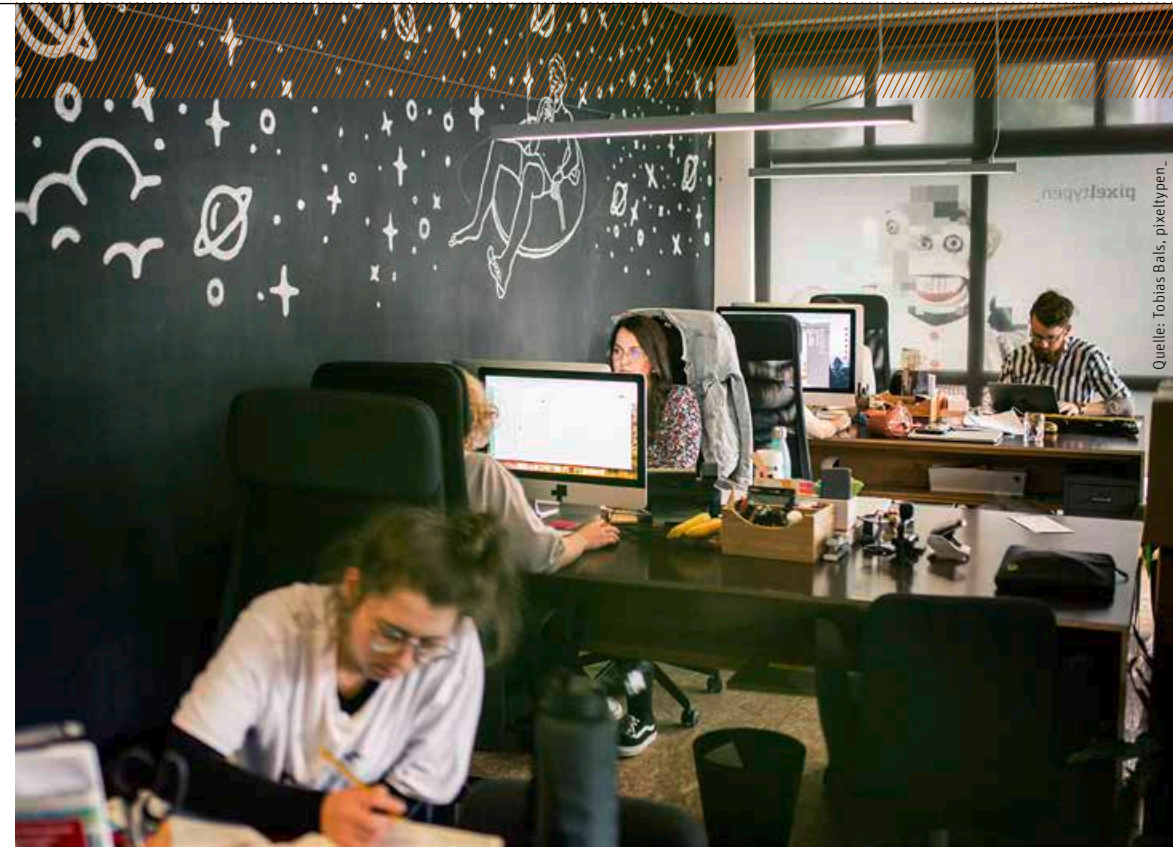
TOBIAS BALS /// Heimat – klingt traditionell, vielleicht auch ein bisschen angestaubt ... oder doch auch ziemlich cool? Heimat kann auch anders und bietet uns zahlreiche Möglichkeiten, wenn wir nur den Mut haben, diese anzupacken. Von der Rückkehr in die „neue“ alte Heimat und den Erfahrungen damit erzählt Tobias Bals ganz praxisnah.

Viechtach – Regensburg – Viechtach

Für einen 18-Jährigen gibt es wohl kaum eine Vorstellung, die mehr Abneigung in ihm hervorruft, als die Aussicht auf eine Zukunft im heimatlichen 8.000-Einwohner-Städtchen. Jeder kennt jeden, es gibt keine Anonymität, keinen Freiraum – und die neuesten Tratschgeschichten über die Party am Vorabend kommen meist schneller zu Hause an als man selbst. Der vermeintlich einzig logische Schritt liegt da für viele Jugendliche aus ländlichen Gegenden klar auf der Hand: Nach der Ausbildung erstmal raus da.

Mehr erleben, mehr Möglichkeiten haben, mehr Perspektiven kennenlernen. Ähnlich ging es auch mir nach meiner Ausbildung in einem Drei-Mann-Unternehmen in Viechtach im Bayerischen

Jugendliche auf dem Land zieht es oftmals in die **STADT**.



Eine Kreativ-Agentur zieht in den „Woid“ und eröffnet neue Arbeitswelten: Coworking-Space ...

Wald. Alles schien dort zu klein, zu wenig, zu engstirnig – und die Berufschancen für Grafiker waren in der Region eher gering. Der Umzug in die Großstadt stand für mich also fest, und nach kurzer Überlegung und einem Vorgehen nach dem Ausschlussprinzip (Berlin zu weit weg, Hamburg erst recht ... und München auch irgendwie nicht passend) fiel meine Wahl auf Regensburg. Eine echte Großstadt, aber doch noch überschaubar – man will den Schritt vom Dorfkind zum Großstädter schließlich nicht gleich überstürzen.

In der neuen Stadt angekommen, nahm ich zunächst eine Stelle in einer mittelgroßen Agentur an. Der Plan war zu dieser Zeit simpel, aber doch konkret: Erstmal Berufserfahrung sammeln, nebenbei an der eigenen Selbstän-

digkeit arbeiten und natürlich auch die richtige Work-Life-Balance leben. Und genau das war mit Anfang 20 auch der richtige Plan für mich. Beinahe täglich ist ja irgendwo etwas los – Restaurants, Clubs, Festivals und Partys. Dabei musste man nicht mal auf die alten Kindergartenfreunde verzichten, da viele von ihnen ebenso den Weg in die Stadt gefunden hatten.

Je mehr Zeit ich allerdings in der Agentur verbrachte, umso größer wurde die Ernüchterung: Großstadtagentur bedeutet nicht immer auch große Kunden und riesige Kampagnen. Die Arbeit war dafür aber meist sehr aufwendig, die Pitches um neue Projekte hart und letztendlich konnte man sich kaum verwirklichen, da von der eigentlichen Idee nach zahlreichen Korrekturschleifen durch

Marketingabteilungen meist nur noch wenig übrigblieb. Genau in dieser Zeit wuchs in mir mehr und mehr die Idee, den Fokus wieder auf kleinere Unternehmen, persönliche Beratung und Full-Service zu legen. Da sich diese Idee in der Agentur nicht verwirklichen ließ, war somit auch der Ansatz für meine Selbstständigkeit geboren. Die kam dann letztendlich auch schneller als gedacht und ein Jahr früher als geplant mit der Anfrage eines 4-Sterne-Hotels aus meiner alten Heimat Viechtach, ob ich mit ihnen einen komplett neuen, 80-seitigen Hotelprospekt umsetzen wolle. Meine Kündigung habe ich daraufhin direkt am nächsten Tag meinem Chef übergeben.

Die eigene Werbeagentur pixeltypen_ war somit offiziell gegründet und die ersten Projekte wurden umgesetzt, komischerweise allerdings meist nicht mit Regensburger Kunden, sondern mehr und mehr mit Firmen aus der Region rund um Viechtach. Woran das genau lag, kann ich im Nachhinein nur mutmaßen. Aber irgendwie hat es einfach auf Anhieb geklappt, Kontakte in der Region um Viechtach zu knüpfen und erste Kunden dort zu gewinnen. Das war auf der einen Seite natürlich super. Auf der anderen verbrachte ich aber auch immer mehr Stunden im Auto und fuhr teilweise dreimal wöchentlich die 80 Kilometer in die alte Heimat Viechtach und dann wieder zurück nach Regensburg.

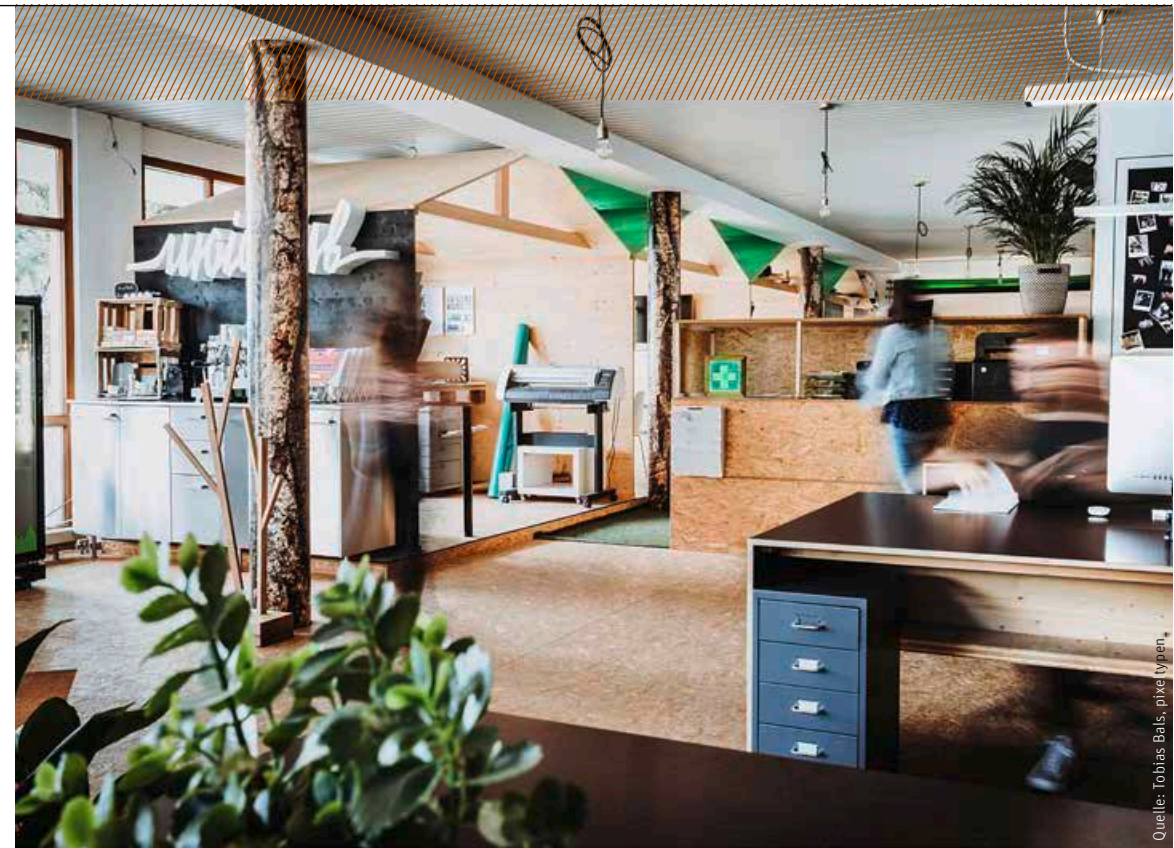
Mit der eigenen Werbeagentur in die ländliche Heimat zurück-zugehen, war ein WAGNIS.

Die Lösung lag bald klar auf der Hand: ein Agenturumzug nach Viechtach. Aber eine junge, coole Werbeagentur im traditionell angehauchten Bayerischen Wald aufbauen – erscheint schon etwas verrückt. Lange Wochen beschäftigten mich Fragen wie „Kann das finanziell funktionieren?“ oder „Werden sich genügend Projekte ergeben?“. Doch: No risk, no fun! – und so habe ich einfach die Entscheidung getroffen, den Schritt zurück in die Heimat zu wagen.

Herausforderungen im ländlichen Raum

Der Entschluss ist das eine, die Umsetzung und die zahlreichen damit einhergehenden Herausforderungen stehen dann aber auf einem ganz anderen Blatt. Wer als Unternehmer im Bayerischen Wald durchstarten möchte, wird auch im Jahr 2020 noch mit einigen kleineren und größeren Problemen konfrontiert. Das offensichtlichste sind natürlich das Thema Infrastruktur und die besonderen Herausforderungen, die man in diesem Bereich im Vergleich zu einem Unternehmensstandort im urbanen Raum oft auf sich nehmen muss. Von Viechtach aus braucht man etwa 30 Minuten bis zum nächsten Autobahnanschluss. Außerdem ist der Transport mit öffentlichen Verkehrsmitteln für Mitarbeiter oder Kunden so gut wie unmöglich.

Ein weiteres Problem, mit dem sich nicht nur Unternehmer in ländlichen Regionen leider noch immer auseinandersetzen müssen, ist der lückenhafte Ausbau des Breitband- und Mobilfunknetzes. Auch in unserer Region gibt es noch Industriegebiete, die dort ansässige Unternehmen lediglich mit einer veralteten Kupferleitung versorgen. Leider sind auch Straßenabschnitte, in



Mit 30.000,- € Startkapital und sehr viel Kreativität und Do-it-yourself entstand der Woidhub.

denen man plötzlich keinen Handyempfang mehr hat, noch immer keine Seltenheit.

Auch wenn man einen Weg finden muss, mit diesen Herausforderungen umzugehen, war für mich anfangs das größte Problem die schlechte Verfügbarkeit von passenden Büroräumen. Der Immobilienmarkt ist in unserer Region für Einzelunternehmer mehr als schwierig. Alle Räume waren entweder zu groß, zu teuer oder zu alt. Ein Grundproblem, das es jungen Selbstständigen zusätzlich erschwerte, in einer ohnehin schon wirtschaftlich weniger attraktiv scheinenden Gegend Fuß zu fassen. Nach zahlreichen enttäuschenden Besichtigungen beschloss ich dann kurzerhand gemeinsam mit einem befreundeten Unternehmer als Bürogemein-

schaft nach größeren Räumen zu suchen. Und im Januar 2016 gab es dann die entscheidende Besichtigung: Wir sahen die einzige freie, halbwegs erschwingliche und zumindest nicht auffällige Location und obwohl sie eigentlich zu groß und zu teuer war, haben wir sofort zugesagt.

Innovation statt Resignation

Wie finanziert man ein Büro, das man sich eigentlich nicht leisten kann? Die einfachste Möglichkeit ist wohl, die Kosten für den Einzelnen durch das Teilen mit mehreren Personen zu senken. Einfaches Prinzip – warum sollte das also nicht auch bei uns funktionieren? Und so wurde schließlich die Idee für den ersten Coworking-Space im Bayerischen Wald geboren.

Zur Kosteneinsparung führt Bals das Prinzip des **COWORKING-SPACE** im Bayerischen Wald ein.

Co-was? So oder so ähnlich fielen die ersten Reaktionen meistens aus. Was in Großstädten wie Berlin und München bereits 2016 selbstverständlich zur coolen Start-Up- und Werbebranche dazugehörte, war in Viechtach noch ein mehr als unbekanntes Mysterium. Mit unserem Woidhub (Wortkombination aus Woid = bayerisch für Wald, Bayerischer Wald, unsere Herkunft und Hub = englisch für Knotenpunkt) wollten wir mehrere Ziele gleichzeitig verfolgen:

- Zeigen, welches Potenzial wirklich in unserer Region steckt und dass es kreative Konzepte, neue Denkweisen sowie einzigartige Arbeitsräume nicht nur in der Großstadt gibt.
- Networking: Kreativen aus der Region eine Möglichkeit geben, sich in einer produktiven Atmosphäre mit Gleichgesinnten auszutauschen und somit die Rückkehr in die Heimat auch leichter zu gestalten.
- Inspiration: Durch das Arbeiten mit Menschen aus verschiedenen Branchen täglich neue Eindrücke sammeln. Jeder Mensch bringt einen professionellen Background und vor allem seine eigene Geschichte mit, wodurch sich komplett neue Blickwinkel auf alltägliche Probleme und Abläufe eröffnen.
- Motivation und Produktivität: Die eigene Arbeitskraft durch eine kreative

Umgebung, entspannte Atmosphäre, Hilfe bei Problemen und einen abwechslungsreichen Arbeitsalltag optimieren – denn die eigene Motivation ist oft ausschlaggebend für den Erfolg.

- Professionalität: Mit dem Woidhub etwas bieten, was ein Café oder die eigenen vier Wände nicht können, nämlich professionelles Auftreten für Jungunternehmer. Außerdem wird durch die vorhandene Bürologistik und -ausstattung der tägliche Arbeitsablauf erleichtert.

Basierend auf diesen Zielen kam für uns recht schnell eines zum anderen. Unser Name und die Idee sind an einem Nachmittag entstanden, die Präsentation mit Konzept sowie Kalkulation folgte dann innerhalb einer Woche. Unsere Ideen wurden beim Banktermin sofort mit Begeisterung angenommen und somit war der Startschuss für unsere Umbauarbeiten im ehemaligen Küchenstudio (so wurde unser neuer Coworking-Space vom Vormieter genutzt) gegeben.

Das Konzept dafür war einfach: Es musste cool und günstig werden, und mit lediglich 30.000€, wovon rund 10% schon alleine für die Kaffeemaschine verplant waren, sollte ein kompletter Coworking-Space eingerichtet werden. Was schwierig klingt, wurde in wenigen Wochen mit den richtigen DIY-Ideen, OSB-Platten, Kunstrasen und viel Liebe zum Detail möglich gemacht. Und so hat sich der große Raum mit wenigen Steckdosen und Terracotta-Fliesen recht schnell in unseren Woidhub verwandelt. Egal, ob man sich als Selbständiger einen festen Schreibtisch mieten, als Student die Hausarbeit in einem produktiven Umfeld schreiben oder man für seine Firma einen außergewöhnlichen Tagungsraum buchen möchte –

der Woidhub war ab sofort die richtige Anlaufstelle dafür. Und damit auch eine kleine Sensation im Bayerischen Wald.

Was wir tatsächlich nicht erwartet haben, waren die positiven Reaktionen, die uns aus allen Richtungen erreichten. So skeptisch die ersten Stimmen zum neuartigen Coworking vor unserem Umbau noch waren, umso offener reagierten die örtlichen Unternehmen jetzt auf unsere Ideen. Das Coworking wurde direkt angenommen. Was uns dann allerdings schneller überrascht hat als gedacht, war das rasche Wachstum unserer eigenen Firmen.

Das Coworking-Pilotprojekt **WOIDHUB** in Viechtach wird überraschend gut angenommen.

Vom „Kleinunternehmer von nebenan“ zur angesehenen Agentur

Als wir am 1. März 2016 in unser neues Büro gezogen sind, war unser Team mit drei Mitarbeitern noch sehr überschaubar. Was dann aber sehr schnell immer deutlicher wurde, war die plötzliche Sichtbarkeit unserer Agentur für Unternehmen in der Region. Vorher oft noch abgetan als „kleine Grafiker von nebenan“, bekamen wir jetzt immer mehr Aufmerksamkeit und somit auch mehr Kunden und spannende Projekte. Unsere Agentur wuchs in den folgenden Jahren bis heute auf zehn Mitarbeiter an. Linear dazu wuchsen auch unsere Platzbedürfnisse im Woidhub und der öffentliche Coworking-Space für jeder-

mann musste nach und nach unseren eigenen Schreibtischen weichen.

Trotz allem beeinflusst uns die Zeit im Woidhub bis heute in unserer Art, mit Unternehmen zu arbeiten, zu kooperieren, sich zu vernetzen. Und zu einem gewissen Teil hat sich sicherlich auch der allgemeine Blickwinkel auf die Thematik „new work“ durch unser Pilotprojekt in der Region Viechtach ein bisschen geöffnet.

Next Chapter: Pixeltower

Mittlerweile sitzen wir seit einigen Monaten in unseren neuen Büroräumen. Ein komplett kernsaniertes, vierstöckiges Fabrikgebäude aus dem 20. Jahrhundert mit Dachterrasse gibt uns jetzt genug Raum für unsere veränderten Bedürfnisse. Was gleich geblieben ist, ist der Wunsch danach, neue Ideen in die Region zu bringen. Dieses Mal haben wir zeitgleich zum Umzug an unseren internen Strukturen gearbeitet, ein neues Weiterbildungskonzept sowie ein komplett flexibles Arbeitszeitmodell ohne Kernzeiten eingeführt. Klingt ungewöhnlich? Ist es sicherlich auch, vor allem im Bayerischen Wald. Auch wenn sich in den letzten Jahren viel getan hat, werden wir mit unserer außergewöhnlichen Unternehmensphilosophie weiterhin oftmals als „Exoten“ angesehen, mit denen man allerdings gerne zusammenarbeitet. Wenn ich also in den letzten Jahren eines gelernt habe, dann, dass es sich immer lohnt, einen ungewöhnlichen Weg zu gehen – vor allem in der Heimatregion.

Was ist Heimat – was bedeutet Heimat – was kann Heimat werden?

Aus meiner Erfahrung kann ich nur als Botschafter für unsere Region auftreten: Die Entscheidung, mit meiner Werbe-



Quelle: Tobias Bals, pixeltypen.

Auch das ist eine Art von Coworking ... und mit ein Grund, wieder in die Heimat zurückzukehren, weil da auch die Work-Life-Balance stimmt.

agentur zurück in die Heimat zu gehen, war für mich der beste Schritt in meiner Karriere. Hier funktioniert Netzwerken noch in seiner absoluten Ursprünglichkeit: nämlich bei einem Bier am Stammtisch. Hier ist die Empfehlung des befreundeten Unternehmers auch noch etwas wert. Und hier funktioniert die

Work-Life-Balance in der reinsten Form: Wir haben Natur, wir haben Kultur – und mittlerweile auch erfüllende Jobmöglichkeiten in innovativen Unternehmen, die mit beinahe allen Großstadtangeboten mithalten können.

Doch was bedeutet Heimat eigentlich wirklich? Nach meinen Erfahrungen ist für mich vor allem eines klar: Dieser einfach wirkende Begriff ist viel komplexer und nicht immer sofort zu begreifen. Heimat kann für jeden etwas Anderes bedeuten. Womit ich mir allerdings sicher bin, ist die Tatsache, dass die Heimat für uns alle mehr Möglichkeiten bietet, als wir vielleicht auf den ersten Blick erkennen können. Heimat definiert sich als eine Beziehung zwi-

Die RÜCKKEHR in die Heimat war lebens- wie arbeitsmäßig eine sehr gute Entscheidung.

schen Mensch und Raum, beide formen sich gegenseitig. Da erscheint es nur logisch, dass die Heimat uns zwar im Sinne von Traditionen, Mentalität und Zugehörigkeit viel gibt, wir ihr aber im selben Zug mindestens genauso viel zurückgeben können: durch unseren Mut zur Innovation und zu neuen Ideen. Und mit etwas Durchhaltevermögen formen wir somit wiederum nachwirkend die Tradition und den Menschen selbst mit.

Sicher ist aber auch, dass man die Heimat erst zu schätzen lernt, wenn man zuvor wo anders war. Aber umso wertvoller ist dann die Erfahrung des Zurückkommens und des „Sich-Einfach-Angekommen-Fühlens“. Hier kann man komplett so sein, wie man ist. Die-

se Tatsache gibt uns nicht nur ein überzeugendes Gefühl von Freiheit, sondern vor allem auch eine viel direktere Ebene, auf der man mit Kunden und Mitarbeitern kommunizieren kann. Man kennt sich, man spricht denselben Dialekt oder man teilt dieselbe Mentalität. Es sind die vielen Kleinigkeiten, die das Leben und Arbeiten in der Heimat einfach besser machen. Nicht zuletzt natürlich auch die Nähe zu Familie, Freunden und der Natur, in der man immer wieder zur Ruhe finden und neue Kraft tanken kann. Und selbst das Bewusstwerden scheinbar fehlender Puzzleteile bringt etwas Positives mit sich: Die Motivation, diese in die Region zu holen und die Heimat somit immer weiter und nachhaltig zu stärken. ///

Wofür gibt man seine Heimat auf und warum will und kommt man dahin wieder zurück? Was bedeutet einem Heimat und da arbeiten zu können? Wir haben mal zwei „pixeltypen“ direkt dazu befragt:



Quelle: pixeltypen, Viechtach

Ich finde es super, wenn man mal woanders hingehet, schaut was einem gefällt. So prägt man seinen Charakter und es verändert den Blick auf das Thema Heimat. Viele finden auch ein neues Zuhause, geben die alte Heimat für Ziele auf, die sich hier nicht realisieren lassen. Auch diese Einstellung finde ich super – allerdings nicht für mich. Ich bin mit der Region verbunden und wäre nicht bereit, diese aufzugeben. Und für dieses Gefühl habe ich jahrelanges Pendeln in Kauf genommen. Vor über einem Jahr ging dann aber mein Traum in Erfüllung: Meinen Lebensmittelpunkt mit meinem Job hier im Bayerischen Wald vereinen zu können – und das, trotz eines Berufs, der nicht an jeder Ecke zu finden ist in meiner Heimat, die mit „Hinterwäldlern“ längst nichts mehr zu tun hat.

/// KATHRIN KRAUS, KOMMUNIKATIONSDESIGNERIN, VIECHTACH



Man merkt erst, was einem fehlt, wenn man es nicht mehr hat. Klingt wahnsinnig altmodisch, wahnsinnig engstirnig. Wie viel Wahrheit sich darin aber versteckt, erfährt man zum Beispiel, wenn man sich als Kleinstadtkind den Traum von der großen weiten Welt als AuPair in Denver, Colorado erfüllt – und plötzlich merkt, dass es zuhause ja doch am schönsten ist. Mein anschließendes Studium habe ich auch aus diesem Grund im nur 80 Kilometer entfernten Passau absolviert. Und spätestens danach waren mir zwei Dinge klar: Das Leben bei Familie und Freunden, eben in der Heimat, ist durch nichts zu ersetzen und Pendeln ist auf Dauer auch keine Lösung für mich. Und dann hat mein absoluter Traumjob in einer Werbeagentur in Viechtach beide Probleme für mich gelöst.

/// NATALIE PINZL, TEXTERIN, VIECHTACH



/// TOBIAS BALS

ist Grafiker, Gründer und Inhaber der Werbeagentur pixeltypen_ in Viechtach im Bayerischen Wald.

/// Als Millionen Deutsche ihre Heimat verloren

DAS SCHICKSAL DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN

BERND FABRITIUS /// Der Begriff „Heimat“ spannt im Deutschen ein dicht besetztes Wortfeld auf: Heimatgefühl, Heimatstadt, Heimatland, Heimatlieder, aber auch Heimatverlust oder Heimweh. Was aber bedeutet der Verlust der Heimat und die immerwährende Sehnsucht nach ihr? Was macht dies mit den Menschen?

Heimat – was ist das?

Der Heimatbegriff wird in der Öffentlichkeit erst seit einigen Jahren wieder vielfältig und ausdifferenziert diskutiert. Zur eigenen Positionsbestimmung soll daher eine kurze Skizze genügen, die von der Prämisse ausgeht, dass Heimat mehr ist als nur ein geografischer Ort. Heimat ist das Geflecht aus Menschen, Plätzen, Orten, Traditionen, Erlebnissen und Gefühlen, in dem wir uns in unserer eigenen Identität am richtigen Platz fühlen. Heimat ist in der vertrauten Kulturgemeinschaft und der Geborgenheit eines räumlichen Umfelds, auf

das unser Werte- und Lebenskompass ab dem Tag der Geburt geeicht ist. Und nicht zuletzt ist Heimat die nicht zu hinterfragende Selbstverständlichkeit dessen, was wir als unser Selbst- und Kollektivverständnis empfinden.

Heimat ist **MEHR** als nur ein geografischer Ort.



Flüchtlinge und Vertriebene
aus den deutschen Ostgebieten
im Sommer 1945.

Quelle: picture alliance/ullstein bild

Das Wort Heimat prägt wie kein anderer Begriff das Selbstverständnis und das Identitätsempfinden der Millionen deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, die in den letzten 75 Jahren im Zusammenhang mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und in dessen Nachgang ihre Heimat im Osten verlassen mussten und in West- und Mitteldeutschland Aufnahme fanden. Mit großer Selbstverständlichkeit trägt daher der Bund der Vertriebenen (BdV) dem Themenkomplex „Heimat“ öffentlich immer wieder auch dadurch Rechnung, dass er ihn seit Jahrzehnten mit Jahresleitworten regelmäßig aufgreift – zuletzt 2017 beispielsweise mit dem Leitwort „60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“.

Im BdV sind bis heute 19 aktive Landsmannschaften vereinigt, die alle ehemals deutsch besiedelten Regionen in Ostmitteleuropa, in Ost- und in Südosteuropa abdecken. Aus dieser umfassenden räumlich-geografischen Abdeckung, aus der Bündelung der Stimmen und Interessen erwuchs dem Bund der Vertriebenen dementsprechend ab dem Tag seiner Gründung im Jahr 1957 eine Legitimation zur gesellschaftlichen und politischen Mitsprache in der Bundesrepublik, auch, und vor allem, wenn es um die Heimat geht. Bis heute, auch in den Reihen der Nachkommen der Zeitzeugengeneration, wird von der „alten Heimat“ gesprochen – nicht wertend, sondern schlicht, um jene Landstriche zu benennen, aus denen man noch selbst vertrieben wurde; oder aber die Eltern und Großeltern, wenn man selbst der nachgeborenen Generation angehört.

Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler sind durch den Bruch in ihren Biografien immer genötigt gewesen, den Heimatbegriff diachron auszulegen. Bis

heute gehören die Begriffspaare „alte Heimat“ / „neue Heimat“ zum aktiven Wortschatz. Die Betroffenen befinden sich in dem persönlichen Spannungsfeld, den Heimatbegriff deuten, umdeuten und im Laufe des Lebens viel mehr reflektieren zu müssen, als dies Menschen ohne Vertreibungs- oder Fluchtbiografie tun. Die aus der alten Heimat

Der Verlust bringt ein
SPANNUNGSFELD zwischen alter
und neuer Heimat mit sich.

im Zuge der Vertreibung mitgebrachten Traditionen und Brauchtümer, das „unsichtbare Fluchtgepäck“, müssen in das neue Umfeld eingebracht werden können, um das Ankommen in der neuen Heimat zu erleichtern. Umgekehrt musste die Bevölkerung der Zuzugsgebiete in demografischer, konfessioneller und kultureller Hinsicht neue Herausforderungen bewältigen. Um den Prozess der Neubeheimatung zu befördern, bedurfte und bedarf es eines sozialen, strukturell und infrastrukturell förderlichen Umfeldes. Ein solches existierte aber im Nachkriegsdeutschland allenfalls eingeschränkt. Heimatvertriebene kamen in ein zerbombtes, am Boden liegendes Deutschland. Der Glaube an die „alte Heimat“ sowie die Sehnsucht nach der (nicht möglichen) Rückkehr dorthin waren in den Anfangsjahren nach Flucht und Vertreibung der Hoffnungsschimmer, der viele vor depressiver Verzweiflung bewahrt hat.

Erschwerend für die Betroffenen kam – die sozialphilosophische Dekonstruktion des Heimatbegriffes sollte erst Jahrzehnte später einsetzen – hinzu, dass noch bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus der Heimatbegriff vorwiegend mit sehr konkreten Räumen assoziiert wurde wie mit Dorf und Stadt oder mit Land und Landschaft.

1944-1947: größte Völkerverschiebung der Menschheitsgeschichte

Heimat und Heimatverlust sind themenübergreifende Motive, denen in ihren zahlreichen Facetten und Ausprägungen heute wieder höchste Aktualität innewohnt. Denn kein Mensch möchte seine Heimat okkupiert sehen und daraus flüchten müssen. Menschen wollen in ihrer Heimat nicht drangsaliert oder terrorisiert werden. Und sie wollen aus ihrer Heimat auch nicht vertrieben werden. Weder physisch noch im Geiste. Millionen Deutsche mussten im 20. Jahrhundert am eigenen Leib Heimatverlust erfahren. Dieser Verlust ist das zentrale Motiv, das sich wie ein roter Faden durch das gesamte Leben der Betroffenen zieht.

Gerade wegen der globalen Aktualität des Themas verwundert es zuweilen, dass Heimatverlust heutzutage im öffentlichen Bewusstsein, wenn überhaupt, fast ausschließlich im Zusammenhang mit aktuellen Kriegen im arabischen Raum und den daraus resultierenden Flüchtlingswellen transportiert wird. Dabei blendet der Diskurs in der Regel aus, dass Europa im 20. Jahrhundert Schauplatz der größten Völkerverschiebung seit Menschengedenken war: Flucht, Vertreibung und Deportation von rund 15 Millionen Deutschen aus ihren Wohnungen und Häusern, Dörfern und Städten, also aus ihrer jahrhun-

dertelangen Heimat in Ostmitteleuropa, in Ost- und in Südosteuropa, in der sie bis zum Kriegsende gelebt hatten.

Mehr als zwei Millionen von ihnen kamen auf der Flucht, während der Vertreibung und in deren unmittelbarer Folge ums Leben, überstanden die Deportation nicht oder werden für immer vermisst bleiben. So unterschiedlich die geografischen Prämissen und die sich daraus ergebenden kollektiven Schicksale der einzelnen deutschen Volksgemeinschaften auch waren, so bleibt ihnen allen – von Ostpreußen im Nordosten über Schlesien und die Donauschwaben bis hin zu den Schwarzmeerdeutschen im Südosten – eines gemeinsam: Sie waren Adressaten der Siegermächte für die Barbarei der Nationalsozialisten und verloren ihre Heimat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verloren ca. 15 MILLIONEN Deutsche ihre Heimat durch Flucht oder Vertreibung.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Protokollnotizen der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 keinerlei Rechtfertigung sind für ethnische Säuberungen, Morde und vergleichbare Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Schon Monate vor der Potsdamer Konferenz waren die Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung aus diesen Gebieten sowie ethnische Säuberungen

in vollem Gange. Auch während und nach dieser Konferenz gingen Vertreibungen weiter. Noch während der Konferenz kam es zum Massaker von Aussig (31. Juli 1945). Eines von vielen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dieser Zeit.

Artikel XIII der Potsdamer Protokolle war nicht mehr als der untaugliche Versuch einer nachträglichen Legitimierung des bereits begonnenen Vertreibungsverbrechens. Zu einer „geordneten und humanen Umsiedlung“, von der in dieser Protokollnotiz gesprochen wird, kam es gar nicht. Übergriffe, Mord, Hass, Vergeltung, Konfiskationen, Zwangsarbeit, Straflager und Verurteilungen blieben an der Tagesordnung. Die deutsche Zivilbevölkerung in den historischen deutschen Ostgebieten wurde Opfer stalinistischer Machtpolitik, um einen von der Sowjetunion kontrollierten Herrschaftsraum in Mittel-, Ostmittel und Südosteuropa zu schaffen und Stalins Herrschaft in den an die UdSSR angrenzenden Gebieten zu verstärken.

Es ist unumgänglich, das Kapitel „Flucht und Vertreibung“ als Teil unserer gesamtdeutschen Geschichte in seiner Tragweite und seinem historischen Stellenwert in den Kanon des Allgemeinwissens aufzunehmen. Die Tatsache, dass die Deutschen im Osten in Kollektivhaft genommen worden sind für die Verbrechen Nazideutschlands, sollte erst recht dazu führen, in einem kollektiven Akt der Erkenntnis festzustellen: „Das sind welche aus unserer Mitte!“

Es gibt große Defizite im deutschen Erinnern, beispielsweise wenn es darum geht, der Opfer aus den eigenen Reihen zu gedenken und deren Leid anzuerkennen. An dem Punkt müssen wir Größe

Die Siegermächte in den Ostgebieten verfolgten eine kollektive Vertreibung der dortigen DEUTSCHEN Bewohner.

zeigen, indem wir diejenigen, denen das Unrecht der Vertreibung widerfahren ist, dann auch als Opfer benennen. Damit einher gehen auch die Art und Weise und der Umfang, in welchen Deutschland für das kulturelle und historische Erbe der Heimatvertriebenen heute Verantwortung übernimmt.

Kriegsende! Oder: Wenn man die Heimat verloren hat

Vor 75 Jahren, im Mai 1945, endete der von deutschem Boden ausgegangene Zweite Weltkrieg. In Westeuropa setzte der bis heute währende Friede ein. Doch die Welt und das persönliche Lebensumfeld waren am Kriegsende andere als vor Kriegsbeginn: In Westdeutschland und zwischen Saale/Elbe und Oder fanden sich die Menschen in ausgebombten Städten und in Dörfern wieder, die zwischen brachliegenden, nicht mehr bewirtschafteten Feldern lagen. Im Osten liegende Gebiete wie Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien waren verloren. Die Siegermächte im Osten hatten die Gebiete besetzt und die dort lebenden Menschen nach Westen vertrieben. Im politischen Sprachgebrauch wurden diese Gebiete Polen zur vorläufigen Verwaltung übertragen, praktisch wurden sie jedoch bereits unmittelbar nach dem Krieg von Polen annektiert. Das galt erst recht für den

nördlichen Teil Ostpreußens, das sogenannte Königsberger Gebiet: Dieses wurde 1946 umgehend in das Staatsgebiet der UdSSR integriert.

Alle Gebiete zusammen bilden ungefähr ein Viertel der Fläche Deutschlands in den Grenzen von 1937, in der ein Siebtel der Gesamtbevölkerung gelebt hatte. Was historisch als „kriegsbedingte Gebietsverluste“ bezeichnet wird, schlug auf gesellschaftlicher und privater Ebene mit voller Wucht auf die betroffenen Menschen durch. Sie mussten flüchten oder wurden aus ihren Wohnungen, Häusern, von ihren Höfen, aus ihren Dörfern und Städten vertrieben und verloren schlicht alles.

Im Rückblick und unzählige Zeitzeugenberichte, Biografien und Gespräche zugrunde legend, kristallisiert sich der Verlust der Heimat als Dreh- und Angelpunkt des Denkens, Fühlens, in vielen Fällen des gesamten weiteren Lebens der betroffenen Menschen heraus. Nicht von ungefähr ist der wichtigste Tag im Kalender des Bundes der Vertriebenen bereits seit 1950 der „Tag der Heimat“.

Rache und Vergeltung traf nicht nur die Menschen in den damaligen deutschen Ostprovinzen, sondern auch alle Deutschen, die in den Siedlungsgebieten außerhalb der Grenzen des historisch gewachsenen Deutschen Reiches ihre Heimat hatten, angefangen bei den Deutschen in Böhmen und Mähren, über die Karpatendeutschen der Slowakei, die Wolhynien- und Galiziendeutschen im heutigen Polen und der Ukraine, die Buchenlanddeutschen in der plötzlich zweigeteilten Bukowina, die Siebenbürger Sachsen, die Banater und Sathmarer Schwaben im heutigen Rumänien sowie alle Volksgruppen der Donauschwaben entlang des gleichna-

migen Flusses auf den Gebieten der heutigen Länder Serbien, Kroatien, Ungarn und Rumänien. Über das Leid der Russlanddeutschen erst gar nicht zu sprechen.

Ein **SIEBTTEL** der damaligen deutschen Gesamtbevölkerung verlor seine Heimat.

Von hoher Bedeutung sehe ich in diesem Zusammenhang, dass trotz jeweils sehr unterschiedlicher Kollektivgeschichte auch jene Volksgruppen über ihre jeweiligen Landsmannschaften im Bund der Vertriebenen mit starken Stimmen vertreten sind, die in den Jahren 1944-1947 nicht gen Westen vertrieben wurden, sondern als Heimatverbliebene schutz- und rechtlos den Repressalien der neuen Machthaber ausgeliefert blieben. Sie haben als unterdrückte Minderheiten bis zum Zusammenbruch des Ostblocks und dem damit einhergehenden Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 unter der Knute des Ostblock-Kommunismus gelitten. Für diese heimatverbliebenen Deutschen in der UdSSR und Rumänien, in kleinerem Umfang aber auch in Ungarn, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Polen sollten die Kriegsfolgen somit weitere 45 Jahre mit teils drastischen Maßnahmen andauern. Auch sie verloren ihre Heimat, weil ihnen alles genommen wurde, was bis dahin heimisch war: Haus und Hof, Sprache und Kultur, Religion und Brauchtum,

Sicherheit und Zukunftsperspektive. Sie blieben, Gefangenen gleich, in einer ihnen feindlich gesinnten Umgebung der Willkür gegen alles Deutsche ausgeliefert.

Viele von ihnen konnten in den Jahren und Jahrzehnten nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen nach und nach oder gar erst als Aussiedler und Spätaussiedler im Nachgang des Zusammenbruchs des Ostblocks nach Deutschland kommen. Diese Menschen haben auf Grund eines stillen Vertreibungsdrucks ihre Heimat verlassen. Dieser passive Vertreibungsdruck war nicht leichter oder „besser“, sondern nur anders als die direkte Vertreibung in Folge staatlich angeordneter ethnischer Säuberung gleich nach Kriegsende. Bis auf den heutigen Tag kommen Spätaussiedler als Deutsche zu uns, weil sie noch unter dem Kriegsfolgenschicksal leiden. Die Zuzugszahlen liegen mit geringen Schwankungen bei jährlich zwischen 6.000 bis 8.000 Personen.

„Packt! In zwei Stunden seid ihr hier verschwunden!“

Wenn, ganz allgemein gesprochen, ein Verlust bereits an sich schmerzhaft ist, so wird er dann zum traumatischen Erlebnis, wenn die Begleitumstände des Verlustes mit Gefahr an Leib und Leben, mit Todesangst und mit existen-

zieller Vernichtung verbunden sind. Die Menschen haben ihre Heimat wahrlich nicht so verloren, wie man eine Münze verlieren würde – sie haben sie unter tatsächlicher oder erwartbarer Androhung von Gewalt bis hin zur Todesfolge verloren.

„Die von den Siegermächten auf den Konferenzen von Teheran und Jalta vorgesehene Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostprovinzen weitete sich in den Jahren 1944 bis 1947 aus zur gewaltsamen Vertreibung von über 10 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Schlesien und Pommern, aus z. T. alten Siedlungsgebieten in den baltischen Ländern, in Polen und Russland, in Ungarn, Rumänien und Jugoslawien und in Böhmen, Mähren und der Slowakei. Zuvor waren schon viele vor der Roten Armee geflohen oder evakuiert worden; andere wurden nach dem Einmarsch in sowjetische Arbeitslager verschleppt.“¹

So leitet der erste repräsentative und umfassende Überblick über die Begleitumstände der Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihren jeweiligen Heimatgebieten ein, entnommen dem 8-bändigen Kompendium „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, dessen erster Band 1953 erschien. Das Werk wurde herausgegeben vom Bundesministerium für Vertriebene in Bonn, nachdem die Bundesregierung bekannte Historiker beauftragt hatte, Primärquellen zu sammeln. Darunter ist zu verstehen, dass Aussagen, Berichte und Aufzeichnungen von direkt Betroffenen dokumentiert werden, um darüber die Vorgeschichte, den Verlauf und die Folgen der Vertreibungen herauszuarbeiten.

Der Wert dieser umfangreichen Dokumentation besteht in seiner zeitlichen

Vertreibung, Flucht und die dramatischen Begleitumstände wirkten TRAUMATISIEREND.

Nähe zum Geschehenen. Die befragten Vertriebenen konnten aus frischer Erinnerung detaillierte Angaben machen, sie kannten Namen und Dienstgrade der Vertreiber und Peiniger, sie wussten noch, wie das Wetter an jenem Tag war und um wieviel Uhr genau sie anfangen, den großen Koffer zu packen.

Mittlerweile liegen auch zahlreiche Zeitzeugenberichte von jenen vor, die auf Grund des erlittenen Traumas Jahrzehnte gebraucht haben, um darüber zu

Ein Kompendium dokumentiert seit 1953 die **BEGLEITUMSTÄNDE** der Flucht und Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa.

sprechen. Manche Menschen, die die Flucht als Kind an der Hand der Mutter erlebt haben, sind erst im hohen Alter dazu in der Lage, aus der einsetzenden Distanz zum Weltlichen heraus ihr Schicksal zu erzählen und öffentlich zu machen. Mit jedem Tag, mit jedem Jahr rücken Flucht und Vertreibung der Deutschen weiter in die Vergangenheit und werden uns fremder. Aus der Sicherheit von heute und für Menschen, die ihr ganzes Leben lang nur in Friedenszeiten gelebt haben, vielleicht sogar unvorstellbar.

In einem Bericht über die Vertreibung in Schlesien weist ein Zeitzeuge aus Breslau auf den oft vergessenen Umstand hin, dass der Vertreibung zwei Wellen der Gewalt, der Plünderungen, Misshandlungen und Vergewaltigungen

vorangingen: die erste Welle durch die sowjetischen Soldaten, die zweite durch die polnische Miliz, nachdem Schlesien von den Sowjets in die polnische Verwaltung übergeben worden war. „Es drehte sich zum Schluss ja nur noch darum, alles vor der Übergabe Schlesiens an die Polen wegzuholen. [...] Wir sollten vom Regen in die Traufe kommen: Die polnische Miliz = PPS. oder PPR. ging radikal vor. Jeder Deutsche war Nazi, jeder Deutsche war daher vogelfrei und hatte entschädigungslos und nach Belieben zu arbeiten. Die Plünderungen erreichten ihren Höhepunkt. Nichts war mehr sicher. Wurde nicht sofort geöffnet, wurde durch die Fenster und Türen geschossen, die Bewohner zusammengehauen, verschleppt. Ganze Viertel wurden in wenigen Stunden völlig von der Bevölkerung geräumt. 20 Kilo Gepäck durfte mitgenommen werden, was hiervon noch der Kontrolle gefiel, wurde ebenfalls abgenommen. Proteste hätten das Ende bedeutet. Stellenweise beließ man den Müttern kleinster Kinder nicht mal den Kinderwagen. Unsere Haupttätigkeit war die Beseitigung der vielen Leichen. Die Verwendung von Särgen war verboten; so bestattete man diese in Massengräbern, notdürftig in Packpapier eingehüllt, an den unmöglichsten Stellen. [...] Am 12. März 1946 wurden [wir] als Bettler abgeschoben.“²

Aus Königsberg in Ostpreußen berichtet ein Zeitzeuge wie folgt: „Am 9. April 1945 morgens zwischen 7.00 und 8.00 Uhr drangen russische Soldaten in den Luftschutzkeller. [...] Unter der Vorspiegelung, registriert zu werden [...] wurden wir, ohne daß uns Gelegenheit gegeben war, unsere Wohnung noch einmal aufzusuchen, unter Bewachung [...] in Marsch gesetzt, wobei wir

in ein kurzes Gewehrfeuer gerieten und einige Verwundete hatten. [...] Bei der ersten Rast, in der Gegend von Ballieth, wurde von dem russischen Transportleiter bereits ein junges Mädchen (Kahleck), das er in eine nahegelegene Ruine zertrte, vergewaltigt. Bei der nächsten Ruhepause bereits wiederholte sich dieser Vorfall. Dieses Mädchen ist später, wie so viele, verhungert. [...] Bei der angetretenen Frauenabteilung bat eine Mutter einen Offizier, sie bei ihrer Tochter in der Autohalle bleiben zu lassen, was abgelehnt wurde. Als sie flehentlich bittend auf ihn zutrat, versetzte der Offizier ihr einen gewaltigen Stoß, so daß sie mehrere Schritte weit fortgeschleudert wurde und mit blutendem Kopf zunächst liegenblieb.“³

Die Grausamkeiten, von denen Zeitzeugen erzählt haben, erreichen in den Berichten ein Ausmaß, das allein die Lektüre dieser Bände zu einer schieren Qual geraten lässt. Die beiden vorangegangenen, behutsam und den Leser schonend ausgewählten Zeitzeugenberichte sollen auch nur eine Ahnung davon vermitteln, warum der Heimatverlust der Deutschen im Osten eine Tragödie doppelten Ausmaßes gewesen ist: Zum Trauma des Heimatverlusts gesellte sich das oftmals unerträgliche Leid, das die Betroffenen im Zuge der Flucht und der Vertreibung ertragen mussten.

Zum Heimatverlust kam noch viel **LEID** und Grausamkeit bei der Flucht und Vertreibung.

Verlust der Heimat bei Demütigung und Erniedrigung, der existenzielle Bruch im Lebensalltag und tiefe Verletzungen der Seele: Wie ein unsichtbarer Schatten aus der Vergangenheit hat dieses Schicksal die Vertriebenen über Jahrzehnte geprägt. ///



Quelle: BdV

/// PROF. DR. BERND FABRITIUS
ist Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Berlin/Bonn.

Anmerkungen

¹ Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, bearbeitet von Schieder, Theodor, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Teil I, Bd. 1, München 1984, Vorsatzblatt.

² Ebd., Bd. 2, S. 345.

³ Ebd., S. 107 ff.



Quelle: iStock.com/brushpiquet



/// VERENA HAUSNER

ist Stv. Leiterin des Referats
„Publikationen“, Hanns-Seidel-
Stiftung, München.

/// Aufbruch, Sehnsucht, Blick zurück

DER MENSCH HAT IMMER EINE HEIMAT

VERENA HAUSNER /// Schon immer gab es Menschen, die gezwungen waren, ihre Heimat aufzugeben. Klimatische Veränderungen, demografisch ungünstige Entwicklungen, wirtschaftliche Perspektivenlosigkeit, politische Umbrüche und Kriege mit anschließender Flucht oder Vertreibung sind u. a. Gründe, sein Land zu verlassen. Aber was macht das mit einem? Welche Gefühle löst dieser Verlust aus und welche Erinnerungen behält man? Wie sieht und empfindet man Heimat, die alte wie die neue, im Rückblick? Wir haben Betroffene zu ihren Erfahrungen und ihrem Empfinden befragt.



Quelle: Andreas Ortner

/// PETER MAFFAY,
MUSIKER, AUTOR, PRODUZENT

/// Es gab eine Zeit, da dachte ich, ich hätte mit Siebenbürgen abgeschlossen. Aber man wird seine Herkunft nicht los. Und das ist auch gut so. Noch heute habe ich den Geruch der Eichen- und Buchenwälder in der Nase. Das Licht dort hat eine ganz besondere Farbe. Mit Siebenbürgen verbindet mich eine Sentimentalität, die hoffentlich nie verloren geht.

Ich weiß, wie sich das anfühlt, als Fremder in ein Land zu kommen. Jeder, der Flucht, Vertreibung oder Umsiedlung erlebt hat, unterscheidet sich von dem, der dies nicht kennt. Längst sind Tutzing und der Starnberger See meine Heimat geworden. Ich bin froh und dankbar, dass ich hier zu Hause sein darf. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Der Verlust der Heimat ist verkraftbar, wenn man eine neue findet. In dem Augenblick, in dem man mit dem Herzen angekommen ist und sich von den Menschen aufgenommen fühlt, fängt man an, neue Wurzeln zu schlagen. Und die können ebenso stark sein oder sogar stärker werden als die in der alten Heimat. ///

/// Ich bin 1929 in Eger geboren und habe dort mit meiner Mutter und deren sechs Geschwistern und dem Großvater in einem Haus mit Garten gewohnt. Ich konnte dort eine unbeschwertere Kindheit und Jugendzeit verbringen. Wie es sich für einen Egerländer Burschen gehörte, lernte ich früh das Akkordeon spielen. Ich war der „Bou“ und fühlte mich in der Großfamilie geborgen.

Durch die Vertreibung im Juli 1946 wurde die Familie getrennt. Meine Mutter, eine Schwester von ihr und ich wurden mit 50 kg Freigepäck pro Person nach Gammelsdorf (Landkreis Freising) ausgewiesen. Von dort aus erfolgte die Zuteilung und Zwangseinweisung bei den einzelnen Bauernfamilien. Wir mussten damals sogar die Polizei holen, weil uns der Bauer nicht in seinen Dachboden hineinlassen wollte. Der Beginn in der neuen Heimat war traurig,

entbehrungsreich und mit viel Mühsal verbunden.

Aber als junger Bursche fiel mir das Heimischwerden leichter als meiner Mutter und Tante. Ich trat in den Fußballverein ein und als Verteidiger kämpfte ich für meine neue Mannschaft und war anerkannt. Ich fand bald viele Freunde. Meine Mutter und Tante hingegen blieben nur unter sich und mussten sich bis ins hohe Alter ihre karge Rente mit Heimarbeit aufbessern. Sie sind – im Gegensatz zu mir – nie angekommen ... ///



Quelle: Alfred Alboth

/// ALFRED ALBOTH,
GEB. 1929 IN EGER, SUDETENLAND



Quelle: Alfred Alboth

Alfred Alboth als junger Bursche mit
Akkordeon in der alten Heimat.



Quelle: Alfred Alboth

Mit seiner Mutter in der
neuen Heimat.



Quelle: P.L. Münch-Heubner

**/// DR. PETER L. MÜNCH-HEUBNER,
PRIVATDOZENT AN DER UNIVERSITÄT
AUGSBURG**

/// In Schwaben findet man viele Erinnerungsorte der Geschichte von Flucht und Vertreibung. In Kissing, südöstlich von Augsburg, steht am Kirchplatz ein Gedenkstein mit der Inschrift „Gedenke der Heimat“. Nordwestlich davon, in Augsburg, erinnern die Banater Schwaben auf ihrem Banater Stein im Uni-Viertel mit dem Satz „Heimat gesucht, Heimat gefunden“ an ihr Ankommen in Bayern.

Gedenksteine wie diese erwecken meine Aufmerksamkeit. Die Familie meiner Mutter stammt aus Böhmen. Es ist Teil meiner Familiengeschichte. Doch kann ich hier noch von Heimat sprechen? Einige, die wie ich nicht mehr der „Erlebnissgeneration“ der Vertriebenen angehören, sondern der „Bekenntnisgeneration“, tun dies.

Es hat etwas von „Heimkommen“, wenn man in böhmische Städte kommt. Man kennt sie von den Erzählungen der Mutter. Vieles wirkt vertraut, als wäre man immer schon dagewesen. Dieses Böhmen ist ein Ort einer ideellen Verbundenheit. Es ist eine Heimat des Geistes, aber es ist keine Geburtsheimat wie Bayern. Böhmen ist Träger einer Botschaft der Versöhnung zwischen früheren Feinden, die zu Freunden werden. ///



Quelle: Brigitte Hochban

**Brigitte Hochban
mit ihrer Mutter
1943 in Königsberg,
Ostpreußen, dem
heutigen Kaliningrad
in Russland.**

/// Unter Bayern spreche ich bayrisch, da falle ich nicht auf. Wenn über meine Herkunft gerätselt wird, dann nur, wenn ich hochdeutsch spreche. Die Auflösung überrascht oft: „Nein, ich bin aus Ostpreußen“. Ostpreußisch verstehe ich wenig, gesprochen habe ich es nie. Als uns meine Oma in Bayern besuchte, forderte sie mich mal auf, die „Zippeln“ aus dem „Schaff“ zu holen. Nur durch Nachfrage auf hochdeutsch fand ich heraus, was sie von mir wollte: Zwiebeln aus dem Schrank holen.

Ich hatte nie das Verlangen, nach Königsberg zu fahren. Mir fehlt der Bezug. Sehnsucht, weil es ja meine „Heimat“ ist, habe ich nicht.

Meine Heimat ist Niederbayern. Dort, wo ich aufgewachsen und zur Schule gegangen bin, Freunde gefunden, einen Beruf gelernt, eine Familie gegründet habe – das ist für mich Heimat. Der Bezug war immer zu Bayern und der wird es auch mein Leben lang bleiben. Ich bin hier glücklich und möchte nach den 75 Jahren, die ich in Bayern lebe, auch nicht mehr weg. ///



Quelle: Verena Kienast

**/// BRIGITTE HOCHBAN,
GEB. 1941 IN KÖNIGSBERG, OSTPREUßEN,
KAM IM ALTER VON 4 JAHREN NACH NIEDERBAYERN.**



Quelle: Red Rock Production

/// **LESLIE MANDOKI,**
MUSIKER, AUTOR, PRODUZENT

/// Mein Geburtsort ist Budapest, mein Zuhause am Starnberger See. Meine Heimat ist Europa. Heimat – das sind Gerüche, Freunde und Familie, Sozialisierung, tiefe emotionale Bindungen zu Sprache und Kultur und gemeinsame Werte. In unserer „bunten Republik“, wie mein Freund Udo Lindenberg Deutschland nennt, und deren stolzer Bürger ich als ehemaliger Flüchtling bin, müssen die Farben vielfältig sein. Diese Vielfalt muss sich auch in den gesellschaftspolitischen Debatten zeigen. In einer pluralistischen Gesellschaft müssen wir als Demokraten den Dissens aushalten können und über die Themen moderat und differenziert reflektieren. Jedoch kann der öffentliche Diskurs manipuliert werden, wenn durch Filterblasen und Echokammern wissenschaftlicher Austausch zerstört und die Förderung von Extremst-Positionen Hysterieblasen entstehen lassen. Aus den Erfahrungen unserer Geschichte müssen wir verstehen lernen, dass wir „Keine Toleranz für Intoleranz“ zulassen dürfen. Gerade jetzt sind Künstler wie wir gefordert, dort Brücken zu bauen, wo Risse entstanden sind und unsere Stimme zu erheben für den Traum von einem gemeinsamen Europa in Freiheit und Frieden, wo das Verbindende mehr als das Trennende im Vordergrund steht.“ ///

/// COVID-19 vs. Wirtschaft-20?

VON DER GESUNDHEITLICHEN ZUR ÖKONOMISCHEN KRISE

DANIEL GOTTAL / DAVID STADELMANN /// Die Corona-Pandemie hat Deutschland in die schwerste Rezession seiner Nachkriegszeit gestürzt. Ein historischer Schulterblick zeigt, dass Vergleiche nur bedingt Orientierung geben und fiskalpolitische Maßnahmen wie staatliche Rettungspakete der Wirtschaft nur temporär Linderung verschaffen können. Wie können Auswege aus der (ökonomischen) Krise aussehen?

Pandemien sind nicht nur biologische Ereignisse. Sie haben substanzielle Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit, die Volkswirtschaft und die Gesellschaft insgesamt. Pandemien und der Umgang damit verstärken das allgemeine Knappheitsproblem von Ressourcen

in der Gesellschaft, das zu jedem Zeitpunkt allgegenwärtig ist.

SARS-CoV-2 (Severe Acute Respiratory Syndrome Coronavirus 2) ist ein neuartiges Virus. Es ist hoch infektiös und kann mit COVID-19 (Coronavirus Disease 2019) einen vielfältigen sowie schweren Krankheitsverlauf verursachen. Für die Behandlung sind Ressourcen auf Intensivstationen und spezialisiertes Fachpersonal erforderlich. Für die Lösung, der durch die Maßnahmen zur Eindämmung von SARS-CoV-2 verursachten ökonomischen und gesellschaftlichen Schäden, müssen substanziell notwendige Mittel mobilisiert werden.

Pandemien haben
SUBSTANZIELLE Auswirkungen auf
die Volkswirtschaft(en).



Quelle: iStock.com/Anneliese Gruenwald-Maerkl

Die unerwartete und weltweite Corona-Pandemie hat neben schwerwiegenden gesundheitlichen Auswirkungen auch gravierende wirtschaftliche Folgen. Das öffentliche Leben kam weitestgehend zum Erliegen.

Pandemien in der Geschichte

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Infektionskrankheiten und Seuchen integraler Bestandteil der menschlichen Kulturgeschichte sind. Bereits in Homers Ilias ist zu lesen, dass nicht nur Krieg, sondern auch die Pest die Archai-er existenziell bedrohte. Die bekannteste Epidemie ist wahrscheinlich die Pest oder der „schwarze Tod“ (1346-1353), welche Europa über die Seehäfen des Mittelmeers erreichte. Die damaligen ökonomischen Folgen sind schwer abschätzbar. Es gibt Hinweise, dass das „große Sterben“ angebotsseitig durch Verknappung und Absatzhemmnisse zuerst eine Teuerung und dann einen Preisverfall einläutete. Bei fixen landwirtschaftlichen Nutzflächen impliziert die Logik der malthusianischen Bevölkerungsökonomik jedoch potenziell steigende Pro-Kopf-Einkommen für die überlebende Bevölkerung.

Aus der jüngeren Vergangenheit ist vor allem die Spanische Grippe (1918-20) zu erwähnen. Anhand von statistischen Daten aus Preußen, die 186.000 Gestorbene auf 10 Millionen Infizierte ausweisen, ergäbe sich eine Letalitätssrate von knapp 2%.¹ Die Letalität beschreibt dabei die Anzahl der verstorbenen Erkrankten als Anteil der Zahl der (tatsächlich) erkrankten Fälle, also inkl. asymptomatischer und schwach-symptomatischer Fälle, die teilweise gar nicht gemeldet sind. Die rasche Ausbreitung in mehreren Wellen bewegte die damalige Regierung in Deutschland zu Schulschließungen und das öffentliche Leben stand – ähnlich wie heute – weitgehend still.

Doch ein historischer Vergleich von SARS-CoV-2 mit anderen Pandemien hinkt. So traf beispielsweise die Spanische Grippe auf eine wirtschaftlich partiell autarke Bevölkerung. Noch wäh-

rend des Ersten Weltkriegs (1914-1918) war der Anteil der Subsistenzwirtschaft hoch. Es wurden Kartoffelgärten angelegt, Holz für Küche und Ofen gehackt sowie Haus- und Hofarbeiten in Eigenregie erledigt. Diese relativ wenig vernetzte sowie arbeitsteilige Bevölkerung war jedoch ein Jahrzehnt vor der Entdeckung des Penicillins gesundheitlich fragil und aufgrund der schweren Kriegsjahre geschwächt. Maßnahmen gegen die Krise setzten damals daher an der gesundheitlichen und weniger an der ökonomischen Seite an.

Krankheiten und Seuchen sind integraler **BESTANDTEIL der menschlichen Kulturgeschichte.**

Ein Jahrhundert später befinden wir uns in einer umgekehrten Situation. Das Gesundheitssystem der westlichen Demokratien ist robuster geworden. Dies hat dazu geführt, dass die Lebenserwartung im Zeitverlauf stetig anstieg und somit auch der Anteil der älteren Bevölkerung. Insgesamt trifft SARS-CoV-2 heute eine vergleichsweise alte, aber gesundheitlich weitgehend resiliente Bevölkerung, die aber in Folge einer fortgeschrittenen, globalen Arbeitsteilung und Spezialisierung wirtschaftlich „verwundbar“ ist, wohlgerneht auf dem höchsten, jemals in der Geschichte verzeichneten Wohlstandsniveau.

Bei historischen Vergleichen fehlt oft die „vergessene“ Hongkong-Grippe Ende der 1960er-Jahre, die damals eine

Übersterblichkeit von etwa 40.000 Leben verursachte. Insgesamt erscheinen Bevölkerung und Politik auch eher vergesslich, selbst was kürzlich relevante Epidemien betrifft. Die Grippewelle 2017/2018 forderte innerhalb weniger Monate allein in Deutschland über 25.000 Tote.²

Unsicherheit, Politik und Verschwörungstheorien

Leider besteht noch immer substanzielle Unsicherheit bzgl. der durchschnittlichen Letalität von COVID-19 wie auch über die Sterblichkeit für verschiedene Alters- und Risikogruppen. Die nicht erfassten asymptomatischen und schwach-symptomatischen Fälle dürften nach dem Robert Koch-Institut, auf Basis von Daten aus China, ein Vielfaches der gemeldeten Fälle betragen.³ Das Robert Koch-Institut machte aufgrund von bestehenden Unsicherheiten Anfang Juli 2020 noch keine eindeutigen Angaben hierzu. Das amerikanische Centers for Disease Control and Prevention gab im Juli 2020 in verschiedenen Planungsszenarien für die Gesamtbevölkerung eine Letalität von 0,65 % an.⁴ Die Fachzeitschrift Nature präsentiert Schätzungen dazu von 0,6 bis 1 % und für Deutschland wird eifrig die Heinsberg-Studie diskutiert.⁵ Darüber hinaus besteht eine große Unsicherheit über die Zahl der zu erwartenden Infektionen bei verschiedenen Politikmaßnahmen sowie Verhaltensanpassungen der Bevölkerung. Viele Verhaltensanpassungen der Bevölkerung sind teilweise auch weitgehend unabhängig von der Politik.

Diese großen Unsicherheiten drohen kurz- und längerfristig verschiedenen Verschwörungstheorien Vorschub zu leisten. Oft gehen Pandemien und Verschwörungstheorien Hand in Hand. Be-

reits zu den Pestwellen im Spätmittelalter wurden die Juden der Brunnenvergiftung beschuldigt und als Verantwortliche für die von Flöhen über Ratten verbreiteten Seuchen ausgemacht. Selbst Reichsstädte wie Nürnberg, die den Quellen nach von der ersten Pestwelle vollkommen verschont blieben, beteiligten sich an den Progromen, um sich wirtschaftlich zu bereichern.

Als im 19. Jahrhundert die Cholera grassierte, wurde schnell an die alte Brunnenvergiftungslüge angeknüpft. Während der Spanischen Grippe kam die Vermutung auf, dass es sich dabei um deutsches Gift handeln würde, welches deutsche Agenten, die über U-Boote an die amerikanische Ostküste gelangt waren, in öffentlichen Gebäuden aussetzten.⁶ Als in den 1970er- und 80er-Jahren mit AIDS eine neuartige und enorm tödliche Viruserkrankung auftauchte, war schnell die amerikanische Regierung als Verantwortlicher ausgemacht. Während der Corona-Pandemie gerieten neben den „üblichen Verdächtigen“ auch Bill Gates, die Weltgesundheitsorganisation und 5G-Sendemasten in das Visier der Verschwörungstheoretiker. All diesen Theorien, die konspirative dunkle Mächte hinter den Ausbrüchen vermuten, ist gemein, dass sie Gruppen, Institutionen und Staaten in den Mittelpunkt stellen, welche die jeweiligen ökonomischen Herrschaftsverhältnisse abbilden.

Unsicherheit leistet **VERSCHWÖRUNGS-**
THEORIEN Vorschub.

Die ökonomische Krise

COVID-19 und die gesetzlichen Maßnahmen belasten die Wirtschaft stark. Längerfristige restriktive Maßnahmen ziehen große volkswirtschaftliche Kosten nach sich. Diese wirken über kurz oder lang auch negativ auf die Volksgesundheit, die den Einsatz von Ressourcen erfordert, die wiederum fortlaufend neu erwirtschaftet werden müssen. Eine funktionierende und starke Wirtschaft korreliert auch stark mit einer hohen Lebenserwartung.⁷

Infolgedessen wurde auch der Organismus Wirtschaft infiziert. Je mehr Unsicherheit hinsichtlich Dauer und Schärfe der Maßnahmen herrscht, desto eher drohen Konkurse, Kreditausfälle, Banken-, Schulden- und sogar Staatskrisen. „Ansteckungsgefahr“ sollte nicht nur auf die Gesundheit der Bürger bezogen werden, sondern ebenso auf die Gesundheit von Unternehmen, Finanzdienstleistern, Staaten und damit der Gesellschaft insgesamt. Dies war bereits eine der Lehren aus der Finanz- und der daraus resultierenden Eurokrise (2010-2012).

Die aktuellen Beschränkungen treffen die Wirtschaft sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite. Die Produktionsmöglichkeiten der Unternehmen werden eingeschränkt, wenn die Beschäftigten nicht mehr in vollem Umfang arbeiten können, sei es aus Krankheit oder aufgrund der mit den Maßnahmen verbundenen Einschränkungen und Ängste. Wirtschaftspolitische Maßnahmen wie im Zuge der Finanzkrise (2007-2009), die im Sinne des Keynesianismus versuchten, durch antizyklische Geld- und Fiskalpolitik Impulse zu setzen, greifen weniger, wenn es neben einer Nachfragekrise auch eine Angebotskrise gibt. Sprich: Wenn die

Unternehmen aufgrund von staatlichen Auflagen nur erschwert produzieren können und Dienstleistungen nur in eingeschränktem Ausmaß angeboten werden, verpufft ein Teil der staatlichen Nachfragepolitik.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen des Bundes sowie des Freistaates Bayern zielen darauf, wenigstens temporär Linderung zu verschaffen. Sie können auch einen Teil des Nachfrageeinbruchs stabilisieren. Die jetzt gesetzten Nachfragemaßnahmen des Bundes übersteigen sogar die Ausgaben während der Finanzkrise 2008 bereits um ein Vielfaches und auch die Nettokreditaufnahme Bayerns hat sich substanziell erhöht.

CORONA trifft die Wirtschaft
sowohl auf der Angebots- wie auf
der Nachfrageseite.

Die Aufrechterhaltung der Höhe der Staatsausgaben oder deren Erhöhung während der Krise wirkt jedoch nur teilweise stabilisierend auf die wirtschaftliche Aktivität. Wichtige Staatsleistungen können von den Bürgern nur beschränkt in Anspruch genommen werden. Der Unterricht an Schulen und Universitäten ist eingeschränkt, die Kita-Nutzung ist komplizierter, Museen sind geschlossen und viele Kulturveranstaltungen finden nicht mehr oder nur eingeschränkt statt. Während die Staatsausgaben zwar stabil bleiben oder sogar erhöht werden, ist der tatsächliche Wert der erstellten staatlichen Leis-

tungen im Vergleich zu vor der Krise gesunken. Der effektive wirtschaftliche und gesellschaftliche Verlust wird also teilweise schön gerechnet. Richtig ist: Aufgrund von SARS-CoV-2 sind privater Konsum, Investitionen, Exporte, aber insbesondere auch der Wert der Staatsleistungen eingebrochen.

Kurz- und mittelfristige Folgen für die Wirtschaft sind schwer absehbar und hängen von der Entwicklung der gesundheitlichen Krise, aber auch vom Verhalten der Regierungen ab. Die Europäische Kommission ging im Juli 2020 von einem massiven Rückgang der Wirtschaftsleistung in der Eurozone in Höhe von 8,7% aus.⁸ Dabei zeigen sich Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten. Für Spanien, Italien und Frankreich wird mit Rückgängen des Bruttoinlandsprodukts von über 10% gerechnet. Deutschland kommt mit einem Minus von 6,3% vergleichsweise glimpflich davon. Auch hier ein Vergleich: 2009 auf dem Höhepunkt der Weltfinanzkrise schrumpfte die deutsche Wirtschaft gerade einmal um rund 5%. Es dauerte mehrere Jahre, bis sich Deutschland und die Europäische Union (EU) von diesem Schock erholten.

Neben der Wirtschaftsleistung ist zudem die Arbeitslosigkeit betroffen. Hier mangelt es an Transparenz, da der massive Anstieg der Kurzarbeit sich nicht in der ausgewiesenen Arbeitslosigkeit widerspiegelt. Richtig wäre, Unterbeschäftigung insgesamt zu messen, also Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zusammen zu analysieren. Für 2021 ist die EU-Kommission noch optimistisch und rechnet mit vergleichsweise hohen Wachstumsraten, natürlich immer unter der Annahme, dass es keine zweite Welle an Infektionen und Maßnahmen geben wird.

Um auf einen Wachstumspfad zu gelangen, stellte die Europäische Kommission am 27. Mai 2020 einen Europäischen Aufbauplan vor. Dabei werden zwei Ziele verfolgt: Aufstockung des langfristigen EU-Haushalts (2021-2027) auf 1.100 Milliarden sowie Verabschiedung eines 750 Milliarden Euro schweren Aufbauinstruments (2021-2024) mit dem Namen „Next Generation EU“. Laut EU-Kommission sollen mehr als 80% der Mittel in öffentliche Investitionsprogramme und Strukturreformen der einzelnen Mitgliedsstaaten fließen, die von der Krise am stärksten betroffen sind und wo der „Resilienzbedarf“ am größten ist. Der Plan sieht vor, dass sich die Staaten auf das Geld mit konkreten Plänen bewerben und an wirtschaftspolitische Empfehlungen der Kommission halten müssen, welche mit den übergeordneten EU-Zielen Klimaschutz, Digitalisierung und Modernisierung der Wirtschaft in Einklang stehen.

Die Europäische Kommission legt einen „WIEDERAUFBAUFONDS“ an.

Die Corona-Krise hat das Potenzial, Vieles in der Wirtschaft nachhaltig zu verändern. Derzeit ist die Antwort der EU und der meisten Regierungen auf die Krise, Hilfe für möglichst alle Bürger und Unternehmen über eine Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit Ausgabenprogrammen und möglichen Geldspritzen der Zentralbank zu leisten. Doch diese Politik könnte

scheitern. Die anvisierte Hilfe für alle ist teuer und belastet ebenso alle. Die Nachfragepolitik zielt angesichts von Angebotsbeschränkungen und grundlegenden Unsicherheiten ins Leere. Die verpufften Staatsausgaben von heute sorgen über die hohe Staatsverschuldung für eine höhere Steuerlast von morgen.

Wege aus der Krise

Nach einer ersten Schockphase sind es die Bürger freiheitlich-demokratischer Gesellschaften gewohnt, verschiedenste Güterabwägungen zu treffen. Es kommt im Regelfall über die Zeit zu einer Rationalisierung des Diskurses und gesundheitliche, finanzielle, gesamtwirtschaftliche und andere Risikofaktoren werden vergleichend betrachtet, sowie gegeneinander abgewogen. Das Ziel wäre eine schnelle Rückkehr zu guten und gesunden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und medizinischen Verhältnissen. Angesichts der grundlegenden Ungewissheit kann das aber keine staatliche Planung leisten, denn die Zusammenhänge sind zu komplex und dynamisch. Daher bedarf es größtmöglicher Flexibilität, Eigenverantwortung und einer freiheitlichen Orientierungssuche – natürlich bei angemessener sozialer Absicherung.

Aufgrund der starken Belastung der Wirtschaft sowie der Ungewissheit über die Zukunft gilt es, zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren. Bei SARS-CoV-2 haben sich die Regierungen stark und eng auf einzelne Aspekte fokussiert, insbesondere die hohe Zahl der Toten „im Zusammenhang mit SARS-CoV-2“ sowie „die Überforderung des Gesundheitswesens“. Bei vielen gesellschaftlichen Fragen steht normalerweise nicht nur die Zahl an Todesfällen im Vordergrund.

Wer die Krankheit hatte, hat gewisse Abwehrkräfte. Die aktuelle Evidenz medizinischer Forschung legt nahe, dass nachgewiesene Antikörper ein Korrelat einer gewissen Immunität gegen die Krankheit darstellen dürften.⁹ Immunität kann eine wertvolle Ressource im Kampf gegen SARS-CoV-2 sein. Sie ist in vielen Branchen wichtig, insbesondere in der organisierten und familiären Pflege, bei intensiven Auslandsbeziehungen und in allen Berufen mit engem Kundenkontakt. Diese Ressource muss daher gesucht und gefunden werden.

IMMUNITÄT ist eine wertvolle Waffe im Kampf gegen SARS-CoV-2.

Dies kann u. a. mit Antikörpertests erfolgen. Immunisierte sollten wissen, dass sie immun sind, und dies anderen glaubwürdig kommunizieren können. Ein unzureichender Beobachtungszeitraum von SARS-CoV-2 sorgt noch dafür, dass nachgewiesene Antikörper keine Rückschlüsse auf eine Dauer von über sechs Monaten erlauben. Wir brauchen ein verlässliches Zertifikat über nachgewiesene Antikörper oder die Genesung nach überstandener Krankheit.¹⁰ Mögliche ökonomische Vorteile durch ein Immunitätszertifikat können als Kompensation einer Erkrankung und der damit verbundenen Leiden und Risiken angesehen werden.

Die wirtschaftliche Aktivität bleibt durch die bestehenden staatlichen Maßnahmen weiter eingeschränkt, zudem

Der **ABBAU** von Überregulierungen setzt neue Ressourcen frei.

sind neue bürokratische Auflagen neben regionalen Lockdowns nicht auszu-schließen. Sie wirken wie Regulierungen im Allgemeinen negativ auf das Güter- und Dienstleistungsangebot. So führt z.B. eine zu restriktive Regulierung im Pharmabereich zu weniger Pharmazeutika, Innovation und einer Auslagerung der Produktion. Umgekehrt führt eine Befreiung von Regulierungen zu einem Produktivitätsschub. Nicht alle Vorschriften sind notwendigerweise überzogen, denn sie haben ja auch eine Schutzfunktion. Trotzdem gilt es, alle diesbezüglichen Aspekte und Konsequenzen für die Bürger zu analysieren und durch den Abbau überzogener Regulierungen neue Ressourcen frei zu machen.

Bereits eine glaubwürdige Ankündigung eines zukünftigen Abbaus von Überregulierung hat einen positiven Effekt. Das bietet Chancen für die Zukunft. Viele Verkrustungen wurden erst

durch die Krise sichtbar und Regierungen könnten den Abbau dieser jetzt bereits in Aussicht stellen. Letztlich wurde mittels der Krise ebenfalls erkannt, dass nicht jeder gesellschaftlich proklamierte „Notstand“ auch ein solcher ist. ///



/// DANIEL GOTTAL

ist Mitarbeiter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der Universität Bayreuth und Alumnus der Hanns-Seidel-Stiftung.



/// PROF. DR. DAVID STADELMANN

ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth.

Anmerkungen

- ¹ Vasold, Manfred: Pest, Not und schwere Plagen. Seuchen und Epidemien vom Mittelalter bis heute, München 1991, S. 272.
- ² Robert Koch-Institut: Bericht zur Epidemiologie der Influenza in Deutschland Saison 2018/19, Berlin 2019, S. 8.
- ³ Robert Koch-Institut: SARS-CoV-2 Steckbrief zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText13, Stand: 10.7.2020.
- ⁴ Centers for Disease Control and Prevention: COVID-19 Pandemic Planning Scenarios, <https://www.cdc.gov/coronavirus/2019-ncov/hcp/planning-scenarios.html>, Stand: 10.7.2020.
- ⁵ Mallapaty, Smriti: How deadly is the coronavirus? Scientists are close to the answer, in: Nature 582/2020, S. 467-468. Dabei ist zu erwähnen, dass die von Nature zitierte Studie für Deutschland im Original eine geschätzte Letalität von 0,36% angibt (siehe <https://doi.org/10.1101/2020.05.04.20090076>, Stand: 6.7.2020), während im Nature Artikel 0,28% erwähnt werden.
- ⁶ Mergel, Klaus: Seuchen und ihre Verschwörungstheorien, in: Münchner Merkur, 4.6.2020, S. 3.
- ⁷ Jetter, Michael / Laudage, Sabine / Stadelmann, David: The Intimate Link Between Income Levels and Life Expectancy: Global Evidence from 213 Years, in: Social Science Quarterly 100/2019, S. 1387-1403.
- ⁸ Europäische Kommission: Wirtschaftsprognose Sommer 2020: Noch tiefere und uneinheitliche Rezession, Brüssel 2020.
- ⁹ Kirkcaldy, Robert D. / King, Brian A. / Brooks, John T.: COVID-19 and Postinfection Immunity: Limited Evidence, Many Remaining Questions, in: JAMA 323/2020, S. 2245-2246.
- ¹⁰ Eichenberger, Reiner / Heggelmann, Rainer / Savage, David A. / Stadelmann, David / Torgler, Benno: Certified Coronavirus Immunity as a Resource and Strategy to Cope with Pandemic Costs, in: Kyklos, im Erscheinen/2020, <https://doi.org/10.1111/kykl.12227>

/// Plädoyer für einen gesunden Wettbewerb neuer Ideen

DAS JAHRZEHT DER GESUNDHEIT

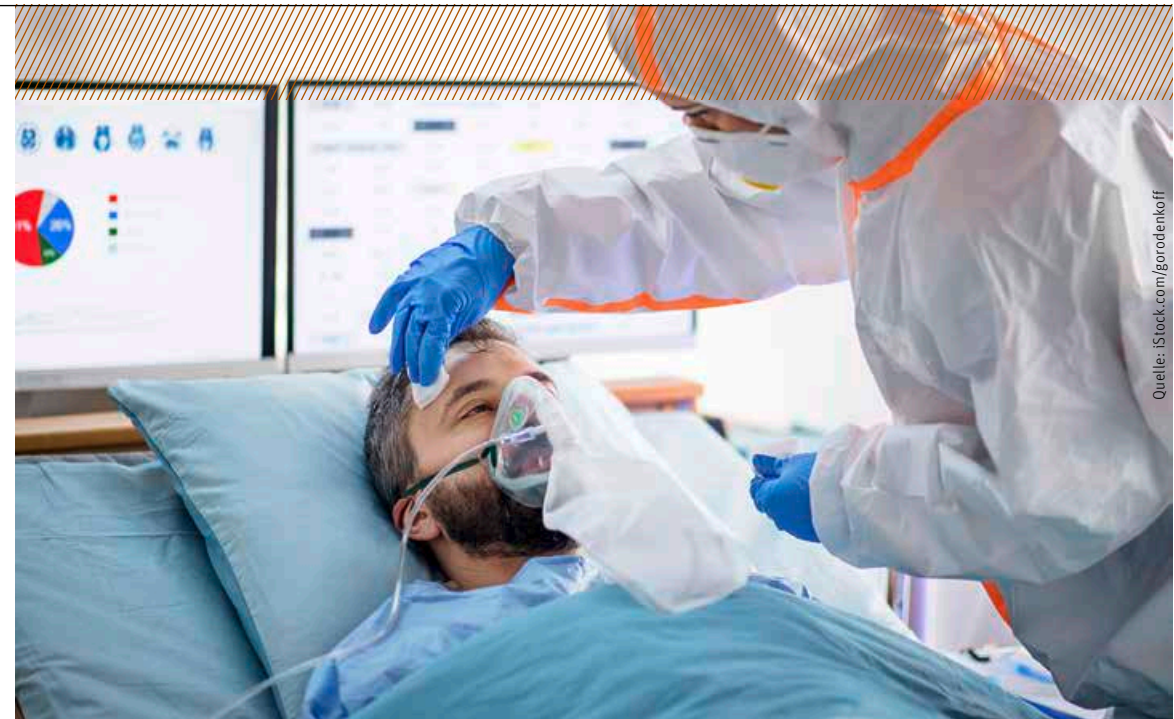
KLAUS HOLETSCHEK /// Gesundheit ist ein hohes Gut. Für nicht wenige Menschen sogar das Höchste. Staat und Gesellschaft lassen sich die Wiederherstellung der Gesundheit der Bürger viel kosten, laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2018 387 Milliarden Euro. Das ist mehr als eine Milliarde Euro pro Tag und entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von mehr als 12 %. Trotzdem liegt in unserem Gesundheitssystem vieles im Argen und wir sollten den Mut haben, Gesundheit völlig neu zu denken.

Derzeit beschäftigt das deutsche Gesundheitswesen rund 5,6 Millionen Menschen. Anders formuliert: Jeder achte Erwerbstätige in Deutschland arbeitet heute im Gesundheitswesen. Zum Vergleich: Deutschlands wichtigster Industriezweig, die Automobilindustrie, beschäftigte vergangenes Jahr 833.000 Menschen. Ihr Anteil am BIP betrug rund 4,7 %.

Schlägt man dem Gesundheitswesen auch die Kur- und Heilbäder und den Gesundheits- und Wellnesstourismus hinzu, sind es sogar 7,6 Millionen Er-

werbstätige, die in der deutschen Gesundheits- und Pflegewirtschaft arbeiten, davon allein 1,2 Millionen in Bayern. Laut einer vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege beim Wirtschaftsinstitut WifOR in Auftrag gegebenen Studie steigt die Zahl der Beschäftigten in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft im Freistaat mit durchschnittlich 2,5 % pro Jahr fast doppelt so stark wie in der bayerischen Gesamtwirtschaft (1,3 % pro Jahr). Die Gesundheits- und Pflegewirtschaft ist also auch Jobmotor und das nicht nur in Bayern.

Kritiker wenden bisweilen ein, die hohen Ausgaben für das Gesundheitswesen belasteten Arbeitgeber und Arbeitnehmer stark. Richtig daran ist, dass ein Großteil der Ausgaben im deutschen Gesundheitswesen mit den Beiträgen der 73 Millionen gesetzlich und den knapp 9 Millionen privat Versicherten bestritten werden. Richtig ist aber auch: Der Leis-



Aus jeder Krise kann man etwas lernen und die Pandemie hat uns gezeigt, was im Gesundheitswesen alles im Argen liegt und verbesserungswürdig ist.

tungsanspruch, den die Versicherten dadurch erwerben, macht Spitzenmedizin in der Akutversorgung und der Rehabilitation in vielen Fällen nicht nur erst möglich, sondern auch für alle bezahlbar. Daher findet sich, soweit mir bekannt ist, unter den Kritikern auch niemand, der bereits einmal ernsthaft erkrankt war und selbst eine kostspielige OP und / oder Reha-Maßnahme in Anspruch nehmen musste. Anders als teils in den USA muss in Deutschland niemand sein Haus verkaufen, um eine Operation oder Therapie bezahlen zu können.

Das Gesundheitssystem Deutschlands und die SARS-CoV-2-Pandemie

Von einem Gesundheitssystem, in dem Spitzenmedizin für jeden bezahlbar bleibt, profitieren aber nicht nur die Patienten, sondern auch alle Übrigen. Denn die bezahlbare Wiederherstellung

von Gesundheit trägt wesentlich dazu bei, Erwerbsfähigkeit und Produktivität weiter Teile der Gesellschaft zu erhalten. Dies ermöglicht es vielen Menschen, deutlich länger für ihren Unterhalt zu sorgen, als dies ansonsten der Fall wäre. Was ein Gewinn für den Einzelnen darstellt, kommt also mittelbar auch allen anderen zugute.

Das soll nicht heißen, dass in unserem Gesundheitssystem nichts verbesserungsfähig wäre. Richtig ist vielmehr das Gegenteil. Auch wenn die SARS-CoV-2-Pandemie Deutschland bislang weniger hart getroffen hat, als viele andere Staaten, mussten wir feststellen, wie anfällig unser Gesundheitssystem ist.

Zur Erinnerung: Dass sich die Ministerpräsidenten von 16 deutschen Bundesländern in einer bisher beispiellosen konzertierten Aktion und unabhängig der jeweiligen politischen Couleur übereinstimmend gezwungen sahen, ein gan-

Jeder achte Erwerbstätige in Deutschland arbeitet im GESUNDHEITSWESSEN.

zes Land wochenlang in den Lockdown zu schicken, ist letztlich der Befürchtung geschuldet gewesen, dass das deutsche Gesundheitssystem unter einem sich exponentiell verbreitenden Virus zusammenbrechen würde. Eine Befürchtung, die angesichts der Vorgänge in Italien und Frankreich nicht nur hinreichend begründet war, sondern, die sich anhand von nur vier Zahlen und zwei einfachen Rechnungen auch für Deutschland leicht nachvollziehen lässt.

Alle damals und auch mittlerweile verfügbaren Daten zeigen, dass rund 10 % der Menschen, die mit dem Virus SARS-CoV-2 infiziert wurden, so schwer erkrankten, dass sie stationär behandelt werden mussten. Bei rund 5 % nahmen die COVID-19-Erkrankungen einen derart kritischen Verlauf, dass die Betroffenen auf eine Intensivstation verlegt wurden. Unter der Annahme, dass sich die Verbreitung eines Virus, für das kein Impfstoff existiert, von allein erst verlangsamt, wenn bereits 60 bis 70 % der Bevölkerung eines Landes infiziert wurden – Stichwort Herdenimmunität – mussten die Ministerpräsidenten der Länder davon ausgehen, dass sich in Deutschland in kürzester Zeit 54 Millionen Menschen mit dem Virus infizieren würden, sollten sie keine einschneidenden Maßnahmen ergreifen. 10 % von 54 Millionen sind 5,4 Millionen. Von diesen zu Hospitalisierenden hätten dann wiederum 2,7 Millionen ein Intensivbett benötigt.

Eine schnelle und eine wie zuvor prognostizierte massive Ausbreitung hätte auch das beste Gesundheitssystem der Welt nicht stemmen können. Insofern ist es tatsächlich der konzertierten Aktion der Ministerpräsidenten sowie der Verantwortungsbereitschaft und Disziplin der Bürger zu verdanken, dass wir in Deutschland, anders als etwa in

Die Sorge vor einem **ZUSAMMENBRUCH** des deutschen Gesundheitssystems führte zum Lockdown.

Italien und Frankreich, keine dramatischen Triage-Szenarien erleben mussten, bei denen Ärzte entscheiden mussten, welche Patienten sie intensivmedizinisch behandeln und welche sie allenfalls noch palliativ versorgen können.

Einige wollen, da die akute Bedrohung vorerst gebannt scheint, nun so schnell wie möglich zu dem zurück, was vorher als „normal“ galt. Ich habe dafür zwar viel Verständnis, halte dies aber trotzdem für falsch. Mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bin ich der Meinung, „wir können doch nicht einfach nur sagen: Wir müssen alles wieder so machen, wie es vor Corona war“, wie er in der Frankfurter allgemeinen Zeitung vom 31. Mai 2020 appellierte.

Jede Krise bietet auch die Chance, aus den gemachten Erfahrungen zu lernen, Fehler zu korrigieren, Gutes besser zu machen und ins Wanken geratene Strukturen durch krisenfestere zu ersetzen. Ich kenne niemanden, der behauptet, in Deutschland sei das weder möglich noch nötig. Warum also nutzen wir die Krise nicht, um unser Gesundheitssystem noch besser aufzustellen?

Wichtige Fragestellungen zum Thema Gesundheit

Tatsächlich liegt in unserem Gesundheitssystem vieles im Argen. Und es gibt manches, das weder so bleiben kann noch sollte. Wann, wenn nicht jetzt, ist

die Zeit, sich diesbezüglich ehrlich zu machen? Und wenn wir das tun, müssen wir uns dann nicht eingestehen, dass in unserem Gesundheitssystem einiges längst unverantwortlich auf Kante genäht ist? Was sagt es zum Beispiel über die Wertschätzung aus, die wir den im Gesundheitssystem Tätigen entgegenbringen, wenn wir nicht einmal in der Lage sind, die von ihnen benötigte Schutzkleidung im erforderlichen Umfang vorzuhalten? Oder hat das eine mit dem anderen gar nichts zu tun? Und: Wird unser oft gerühmtes Prinzip der Selbstverwaltung nicht vielleicht doch überschätzt? Ist es, wenn wir ehrlich sind, nicht letztlich auf eine Schönwetter-Medizin ausgelegt?

Ich meine, wir sollten den Mut haben, Gesundheit völlig neu zu denken. Ohne Vorgaben und Schere im Kopf. Auch Bund und Länder sind hier gefragt. Denn es leuchtet nicht ein, dass der Staat, wenn er in der Krise Steuerung und Verantwortung übernehmen muss und kann, in Nicht-Krisenzeiten auf seine Organisationshoheit und Steuerungsfunktion in der gesundheitlichen Daseinsvorsorge verzichten soll.

Warum zum Beispiel denken wir Gesundheit eigentlich nicht auch einmal von den Leistungsempfängern her, statt immer nur von den Leistungserbringern? Und warum fördern wir eigentlich letztlich Krankheit statt Gesundheit? Wenn wir uns entscheiden, es künftig

umgekehrt zu machen, welchen Stellenwert hätte dann Prävention?

Als Vorsitzender des Landesgesundheitsrates in Bayern, der den Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung in sämtlichen Fragen des Gesundheitswesens berät und als ehemaliger Bürgerbeauftragter weiß ich, dass das Thema Prävention für viele Bürger einen hohen Stellenwert besitzt. Immer mehr Menschen – nicht nur in Bayern – wenden viel Zeit und Engagement auf, um möglichst gesund zu leben und sich fit zu halten. Für viele Bürger sind gesunde Ernährung, Gesundheitssport und ausreichend Schlaf keine bloßen Hobbys oder Luxus mehr, sondern ein Lebensstil. Einer, der viel Disziplin und manchen Verzicht erfordert und obendrein die Solidargemeinschaft entlastet. Nur belohnt wird er in unserem Gesundheitssystem bislang nicht. Muss das sein? Wenn ja, wer, hat das festgelegt, wer hat darüber abgestimmt? Und: Geht es nicht auch anders? Werden wir gleich gegängelt, wenn unser Gesundheitssystem Prävention künftig groß statt weiter klein schriebe? Gibt es nicht vielleicht doch einen gesunden Mittelweg, den wir beschreiten könnten?

Warum halten wir an diagnosebezogenen Fallpauschalen, den sogenannten DRGs (Diagnosis Related Groups) fest, obwohl wir aus vielen Studien wissen, dass diese das Personal in Medizin und Pflege in Teilen an den Rand der Verzweiflung treiben und Patienten mitunter schaden? Ist das Absicht oder nur Nebenwirkung? Versündigen wir uns letztlich nicht an Bürgern, wenn wir zulassen, dass unser Gesundheitssystem die Zuwendung zum Patienten ökonomisch bestraft? Kann es richtig sein, die Interventionszeit von medizinischem und Pflegepersonal zu honorieren, nicht

Gesundheit sollte völlig **NEU** gedacht werden.

aber das Zuhören und Aufnehmen der Patientenwünsche, das sorgfältige Beraten und Überdenken von Optionen, das jeder Therapieentscheidung notwendig vorausgeht? Ist Pflege im Minutentakt eigentlich noch menschenwürdig? Kann es richtig sein, dass die Angehörigen von Pflegeberufen mehr Zeit für die Dokumentation ihrer Tätigkeiten aufwenden müssen als mit diesen selbst? Sind wir mit „satt und sauber“ wirklich schon am Ende der Fahnenstange dessen angekommen, was Pflege leisten kann und soll? Dürfen alte und kranke Menschen hier wirklich nicht mehr Fantasie von uns erwarten? Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auf all diesen Feldern mehr Ganzheitlichkeit und weniger Geschwindigkeit brauchen.

Benötigen wir nicht längst auch bauliche Veränderungen in unseren Pflege-, Alten- und Seniorenheimen? Ist es wirklich vertretbar bzw. angemessen, vulnerable Personengruppen in Gänze monatelang von ihren Angehörigen zu trennen, weil es keine Quarantänezone gibt, in denen Infizierte zum Schutz der anderen isoliert werden können? Ist es nicht ein kolossaler Kultur- und Zivilisationsbruch, wenn wir zulassen, dass Menschen einsam und verlassen sterben, weil wir Angst haben müssen, die Bewohner eines ganzen Heims zu infizieren? Sollten wir hier nicht heilsam über uns erschrecken?

Kann es sein, dass ein Gesundheitssystem, für dessen Rettung aktuell ein

dreistelliges Milliarden-Hilfspaket geschnürt wurde, nicht schon vorher unterfinanziert war? Und falls die Antwort „Ja“ lautet, wäre es dann nicht ökonomisch sinnvoller, dieses jetzt besser auszurüsten, um in der Krise besser dazustehen?

Ist es fair, systemrelevanten Berufsgruppen wie dem Pflegepersonal, Physiotherapeuten und Geburtshelfern erst in der Krise Hochachtung und Respekt zu zollen? Haben sie das nicht generell verdient? Müssen wir uns nicht mit aller Kraft und Einfallsreichtum um die Steigerung der Attraktivität von Gesundheitsberufen sorgen? Wir sollten insgesamt mehr ausprobieren, uns mehr trauen. Das System Buurtzorg in Holland etwa ist aus meiner Sicht ein Modell mit guten Ansätzen: Bei dieser Pflegeorganisation gibt es keinen Pflegeschlüssel, kein Zeitfaktor sorgt für Stress und Hektik. Ein weiterer Ansatz wäre etwa, dass wir die Mobilisierung bzw. Vorhaltung von Reservekapazitäten für zusätzliches Pflegepersonal dauerhaft im Nicht-Pandemiefall für den Pandemiefall organisieren und damit eine Art „Pflegereserve“ für den Ernstfall schaffen. Notwendig wäre auch ein individuelles Pflegebudget, frei von unserem bisherigen starren System, das sich aus meiner Sicht überholt hat.

Und schließlich: Gibt es neben systemrelevanten Berufen nicht auch systemrelevante Güter wie Schutzkleidung, Desinfektionsmittel, Antibiotika etc., die wir zukünftig im eigenen Land herstellen sollten, statt sie im Fall eines Falles so mühsam wie überteuert auf leergefegten Weltmärkten zusammenzusuchen?

Gesundheitssystem der Zukunft

Halten wir also einfach mal inne. Nehmen wir uns die Zeit und die Freiheit, Gesundheit völlig neu und anders zu

denken. Trauen wir uns, in unserem Gesundheitssystem alles auf den Prüfstand zu stellen. Erlauben wir uns, unser Gesundheitssystem selbst aus- und, wo nötig, auch umzugestalten, statt es von Körperschaften öffentlichen Rechts bloß verwalten zu lassen.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich will kein staatliches Gesundheitssystem wie in Großbritannien oder Italien, in denen Behörden die medizinische Versorgung regeln. Ich will, dass wir überlegen, wie wir sicherstellen, dass die Menschen das Beste von dem bekommen, was Medizin und Pflege leisten können. Ich will einen Runden Tisch mit den relevanten Akteuren, an dem die hier gestellten Fragen und viele anderen so leidenschaftlich wie fantasievoll diskutiert werden. An dem darüber nachgedacht wird, ob Gesundheit keine Querschnittsaufgabe und die Gesundheitswirtschaft nicht die neue Leitökonomie sein sollten und welche Beiträge hierbei Prävention, aber auch etwa Digitalisierung und Künstliche Intelligenz leisten können. An dem wir uns darüber verständigen, was uns Gesundheit wert sein sollte und welche Formen des Wettbewerbs wir fördern und welche wir stoppen sollten. Ich bin überzeugt, wir sparen an den falschen Stellen, wenn wir Pflegekräfte, Physiotherapeuten und Geburtshelfer unzureichend entlohnen und zulassen, dass die Produktion systemrelevanter Güter wie Arzneimittel und Schutzkleidung in Länder wie China oder Indien ausgelagert wird.

Die Krankenschwester Florence Nightingale (1820-1910), Begründerin der modernen westlichen Krankenpflege und Reformerin des britischen Gesundheitswesens, wusste bereits: „Gäbe es niemanden, der unzufrieden wäre mit

Die BESTMÖGLICHSTE medizinische Behandlung und Pflege aller sollte sichergestellt werden.

dem, was er hat, würde die Welt niemals besser.“ Erlauben wir uns, wie Nightingale, kreativ unzufrieden zu sein. Kreative Unzufriedenheit hat nichts gemein mit bloßer Nörgelei, sondern ist ein starker Motor für Innovation. Noch ist Zeit, aus unseren Fehlern zu lernen und unser Gesundheitssystem besser und krisentauglicher zu machen. Auf die lange Bank sollten wir das nicht schieben. Denn das nächste Virus kommt bestimmt. Starten wir daher, am besten noch heute, einen gesunden Wettbewerb der Ideen. Rufen wir die vor uns liegende Dekade zu einem Jahrzehnt der Gesundheit aus. Die SARS-CoV-2-Pandemie hat gezeigt: Es gibt viel zu tun. Packen wir es an! ///



/// KLAUS HOLETSCHEK MDL
ist Vorsitzender des Landesgesundheitsrats (LGR) in Bayern und Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, München.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen **EINSAM und verlassen sterben.**

/// Wahlkampagnen in Krisenzeiten

DIE US-WAHL 2020

ANDRÉ HALLER / HENDRIK MICHAEL /// 2020 sind etwa 220 Millionen US-Amerikaner zur Wahl des 46. Präsidenten aufgerufen und spätestens seit Ende 2019 läuft der Wahlkampf dazu, der nun in der Schlussphase angelangt ist. Das Wahljahr 2020 war geprägt von zahlreichen Krisen, allen voran der Corona-Pandemie. Wie verliefen Wahlkampfstrategien und die Berichterstattung dazu in diesem Sommer in den USA?

Verlauf des Wahlkampfes

Anders als bei deutschen Wahlen gibt es in den USA Vorwahlen, in denen der Kandidat zur eigentlichen Wahl im November bestimmt wird. Primaries kommen regulären Wahlen am nächsten und sind Abstimmungen in den US-Einzelstaaten. Je nach Bundesstaat gibt es unterschiedliche Arten der Abstimmung: Bei einer offenen Primary kann jeder Wahlberechtigte seine Stimme für einen Kandidaten abgeben. Andere Arten der Primaries sehen vor, dass die Wähler nur bei einer Partei ihre Stimme abgeben dürfen oder nur abstimmen

können, wenn sie ihre Parteizugehörigkeit bzw. -nähe durch Registrierung offenlegen. Diese sammelbaren Wählerinformationen sind für US-Parteien von besonderem Interesse, da sie für Microtargeting-Kampagnen, also die gezielte Auswahl und Ansprache von Wählern im Wahlkampf, eine aufschlussreiche Datenquelle bieten.¹

Der Vorwahlkampf folgte einem konventionellen Muster. Seit mindestens 2018 versuchte sich ein Kandidatenfeld auch medial zu präsentieren. Frühe Front-runner (Elizabeth Warren), Hype-Ereignisse (die Vorwahlen in Iowa), Medien-



Die Rede am Mount Rushmore anlässlich des diesjährigen Nationalfeiertages war eine instrumentelle Inszenierung. Trump sieht sich in einer Reihe mit diesen bedeutenden US-Präsidenten.

Quelle: mauritius images / Alamy / White House Photo

In den USA werden die Präsidentschaftskandidaten durch **VORWAHLEN** ermittelt.

lieblinge, die zwischenzeitlich zu Favoriten erklärt wurden (Beto O'Rourke und Pete Buttigieg), ein „maverick candidate“ (Bernie Sanders), schließlich der traditionelle Startschuss in New Hampshire im Februar 2020 und eine Zuspitzung des Wahlkampfes am Super Tuesday Anfang März 2020, der die Comeback-Story des Joe Biden werden sollte: Es war eine Wahlkampfdramaturgie, wie sie die Medien lieben und schreiben. Dann sah es nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen um die Kandidatur bei der Demokratischen Partei aus – es konnte sich aber schließlich Joe Biden gegen den linksorientierten und als radikal wahrgenommenen Bernie Sanders durchsetzen. Zuvor löste sich bereits am Super Tuesday das extrem breite Bewerberfeld der Demokraten merkbar auf. Die hoch gehandelten Pete Buttigieg, Amy Klobuchar, Michael Bloomberg und Elizabeth Warren gaben zuvor vom 1. März bis zum 5. März nacheinander bekannt, dass sie ihre Kandidatur aufgeben.²

Seit März kann von Konventionalität in diesem Wahlzyklus aber keine Rede mehr sein. Der Wahlkampf ist spätestens seit Ende des ersten Quartals 2020 durch zahlreiche Krisen in den USA geprägt. Die Corona-Pandemie und die damit verbundene Rezession sowie die „Black Lives Matter“-Proteste erzeugten das Gefühl einer andauernden inneramerikanischen Krise. Es wurde deutlich,

dass sich die demoskopischen Ergebnisse für Amtsinhaber Trump veränderten. Bei der General Poll, also einer repräsentativen Umfrage unter allen Wahlberechtigten, führte Joe Biden im Juni mit Werten zwischen 43 % und 53 % gegenüber Donald Trump, der Werte zwischen 36 % und 44 % erreichte.³ Die General Poll sagt jedoch nur bedingt etwas über das Abschneiden der Kandidaten aus, da eine US-Präsidentschaftswahl durch (Wahlmänner-)Gewinne in den einzelnen Staaten entschieden wird. Eine klare Fehleinschätzung (insbesondere durch deutsche Journalisten) fand vor der Wahl 2016 statt, als Hillary Clinton in den General Polls ebenfalls vor Trump lag. Ein Blick in die wesentlichen Battleground States, also Bundesstaaten, die stark umkämpft und wahlentscheidend sind, zeigt, dass Biden im Juli 2020 ebenfalls in den Umfragen führte (siehe Tab. 1), im Gegensatz zu Hillary Clinton 2016 allerdings häufig mit mehr als 5 % Vorsprung und damit auch außerhalb etwaiger Messfehler.

Die Werte der gezeigten Umfragen sind dennoch kritisch zu lesen, denn Wahlumfragen sind stets Momentaufnahmen und bieten keine klare Prognose für den Wahltag, besonders zum Zeitpunkt der Abgabe des vorliegenden Manuskripts. Zudem variieren die Stichprobengrößen und es wurde durch unterschiedliche Institutionen befragt, was oftmals keine Vergleichbarkeit zulässt. Auch die Spanne zwischen den jeweils höchsten und niedrigsten Werten zeigt, dass eine hohe Dynamik im Wahlkampf vorhanden ist. Einen guten Überblick bietet die Webseite FiveThirtyEight.com des Datenjournalisten Nate Silver, wo sämtliche Umfragen regelmäßig aktualisiert und im Überblick dargestellt werden.

Tabelle 1: Wahlumfragen in Battleground States im Juni 2020
(angegeben sind die höchsten und niedrigsten Werte in den Umfragen)⁴

	Donald Trump	Joe Biden
Wisconsin	38 – 46 %	45 – 51 %
Florida	40 – 45 %	47 – 51 %
Michigan	36 – 45 %	46 – 51 %
Pennsylvania	41 – 44 %	46 – 50 %
North Carolina	44 – 46 %	43 – 51 %
Arizona	41 – 49 %	45 – 51 %
Minnesota	38 – 44 %	49 – 58 %

Quelle: André Haller, eigene Darstellung

Krisen als Beschleuniger der gesellschaftlichen Spaltung

Die Wahlkampagnen finden in Zeiten statt, in denen massive inter- und transnationale (Handelskonflikt mit China, Corona-Pandemie) und nationale Krisen (Wirtschaftseinbruch infolge der Corona-Pandemie, Massenproteste nach dem Tod George Floyds) die politischen Geschehnisse beeinflussen. Im Folgenden stellen wir die alles beeinflussenden Krisenkomplexe vor dem US-Kontext vor und gehen im Anschluss daran auf die kommunikativen Strategien der beiden Hauptbewerber um die US-Präsidentschaft ein.

Die Liste an Konflikten innerhalb der USA, mit anderen Nationen (Nordkorea) und Organisationen (Twitter) ist lang. Es können aber wesentliche Auseinandersetzungen identifiziert werden, die den US-Wahlkampf 2020 primär prägen. Spätestens seit 2018 befinden sich die USA und China in einem Handelskonflikt. Nachdem US-Präsident Trump Anfang 2018 Strafzölle für chinesische Produkte einfuhrte, eskalierte der wirtschaftliche Konflikt mit der chinesischen Regierung, die ihrerseits Importzölle auf US-Waren erhob. Bis heute ist der Wirtschaftskonflikt nicht deeskalisiert oder gar aufgehoben.

Der Handelskonflikt trat komplett in den Hintergrund der öffentlichen Diskussion, als klar wurde, dass das zuerst in China aufgetretene neuartige Coronavirus sich als weltweite Pandemie verbreitet. Ende Januar 2020 wurden bereits erste bestätigte Corona-Fälle in den USA bekannt, im März eskalierte die Situation, insbesondere im

Derzeitige innen- wie außenpolitische Krisen **BEEINFLUSSEN** den Wahlkampf.

Staat New York, zunehmend. Das Krisenmanagement der US-Regierung geriet zunehmend in die Kritik, da Schließungen nur sehr zaghaft durchgeführt wurden. Andererseits wuchs der politische Druck auf Donald Trump, da die bisher positiven Wirtschaftszahlen massiv wegen der Pandemie einbrachen. Während das Thema Corona die Berichterstattung in den USA dominierte, etablierte sich nach dem Erstickenstod von George Floyd bei einem Polizeieinsatz eine weitere Krise. Erneut thematisierten Bürgerrechtsgruppen, insbesondere jüngere US-Bürger, strukturellen Rassismus in den USA und insbesondere bei den Strafverfolgungsbehörden. Die „Black Lives Matter“-Bewegung ging nach der Veröffentlichung eines Augenzeugenvideos vom Tod Floyds in massiver Zahl auf die Straßen und löste eine internationale Protestwelle aus.

US-Präsident Trump und der demokratische Herausforderer Biden sahen sich also mit gleich mehreren Krisen konfrontiert, die die Wahlkampagnen fundamental beeinflussten. Das weitgehende Erliegen des öffentlichen Lebens, insbesondere die Absagen öffentlicher Versammlungen, verhinderte die Durchführung klassischer direkter kommunikativer Wahlkampfformate wie Versammlungen oder Haustürbesuche. In der medialen Berichterstattung dominierten nun neben der Corona-Problematik die massiven Proteste der „Black Lives Matter“-Gruppen, wodurch im Grunde keine echte Wahlkampfberichterstattung mehr stattfand. Zudem erschwerte die Covid-19-Pandemie die Wählerregistrierung, die für den sogenannten Ground War, also den Wahlkampf an Haustüren und via Online-Medien, essenziell ist.⁵

Wahlkampfstrategien im Sommer

Die genannten Problemfelder werden in den Kampagnen je nach politischem Lager unterschiedlich interpretiert. Diesen öffentlich kommunizierten Interpretationsvorgang nennt man strategisches Framing. Strategisches Framing wird von professionellen Kommunikatoren, z.B. PR-Beratern, angewandt, um ein Thema in ihrem Sinne zu „rahmen“. Im Folgenden werden die Reaktionen der beiden Kandidaten auf bestehende Probleme analysiert. Ein weiteres Instrument in Wahlkampagnen ist der aktive Versuch, Themen auf der öffentlichen Agenda zu platzieren (Agenda Building⁷). Auch darauf kommen wir zu sprechen.

Strategisches Framing und Agenda Building sind STRATEGIEN im US-Wahlkampf.

Präsident Trump eröffnete seine Wahlkampfveranstaltungen am 20. Juni 2020 wieder mit einem Auftritt in Tulsa (Oklahoma). Der Auftritt war von hoher Aussagekraft, da sich in ihm die strategische Hauptlinie des restlichen Wahlkampfes vor den neuen Rahmenbedingungen erkennen ließ. Trump ging in seiner etwa 90-minütigen Rede nicht auf den Fall George Floyd ein und blendete auch die Wirtschaftskrise in Folge der Pandemie fast vollständig aus. Stattdessen wurde offensichtlich, dass Trump wie auch bei der Wahl 2016 auf Negative Campaigning und Angriffswahlkampf

setzt: Biden, vom Trump-Lager despektierlich als „Sleepy Joe“ bezeichnet, sei „a very willing horse for socialism“.⁸ Große Teile der Rede fokussierten sich auf den demokratischen Gegenkandidaten und die Protestgruppen von „Black Lives Matter“. Der Bürgerrechtsbewegung sprach er ab, Protestierende zu sein, und warf ihnen vor, Extremismus und Zerstörung zu fördern.⁹

Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels (Juli 2020) ist unklar, wie die weitere Strategie Trumps aussehen wird. Der bisherige Kampagnenverlauf deutet jedoch darauf hin, dass die Strategie verfolgt wird, die Spaltung des Landes für die Mobilisierung von Stamm- und verunsicherten Wechselwählern voranzutreiben. Ein weiterer Beleg für diese Schlussfolgerung ist Trumps Gang zur St.-John's-Kirche in Washington, wo er eine Bibel vor Pressevertretern hochhielt, während die „Black Lives Matter“-Proteste in der Hauptstadt aktiv waren.

Trump's Geste ist als symbolischer Akt gegenüber weißen evangelikalen Wählern zu verstehen, die eine der einflussreichsten Wählergruppen darstellen. Evangelikale Christen sind mehrheitlich konservativ eingestellt und unterstützen u.a. die Thesen, dass der Staatsapparat verkleinert werden sollte und Abtreibung illegal sei.¹⁰ Sie sind als Stamm- bzw. nahe Wechselwähler der Republikanischen Partei zu bezeichnen und gaben u.a. bereits im Wahlkampf 2000 den Ausschlag für George W. Bush. Der Kirchenbesuch ist als PR-Maßnahme zu sehen, die womöglich traditionell eingestellte christliche Wähler ansprechen und das Bild eines bibelfesten Law-and-Order-Politikers vermitteln soll. Es wird im weiteren Verlauf der Trump-Kampagne sicher noch eini-

Trump will mit gezielten PR-Maßnahmen einflussreiche **KONSERVATIVE Wählergruppen wie die evangelikalen Christen gewinnen.**

ge Maßnahmen wie diese geben, die die derzeitige Krisensituation thematisieren und Stabilität vermitteln sollen.

Generell fiel im Sommer auf, dass Trumps Kampagne Ereignisse wie die Corona-Krise und die „Black Lives Matter“-Bewegung klar mit eigenen Frames besetzte. China und die WHO wurden als Schuldige an der weltweiten Pandemie ausgemacht und große Teile der Bürgerrechtsbewegung wurden als Antifa-Aktivistinnen mit staatszersetzender Absicht eingerahmt. Dieses strategische Framing zielte im Wahlkampfsommer darauf ab, Trump als stabilisierenden Anker darzustellen und insbesondere für konservative Stammwähler als einzige Alternative zu präsentieren.

Politische Berichterstattung im Zeichen von Kulturkampf und Corona-Krise

Kampagnen von Präsidentschaftskandidaten verfügen im Wahlkampf über ein ausgefeiltes strategisches Repertoire, um Themen in die Öffentlichkeit zu bringen oder Wähler direkt anzusprechen. Nicht zuletzt die rasante Verbreitung von politischen Inhalten über Soziale Medien erlaubt es, öffentliche Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit für politische Botschaften zu erzeugen. Trotzdem hat der Journalismus in Wahlkampfzeiten keinen Bedeutungs-

verlust erlebt, wie man es bisweilen vermuten könnte. Die etablierten Kanäle der Massenkommunikation, sprich Presse und Rundfunk, sind nach wie vor zentrale Gatekeeper, wenn es um die politische Informationsverbreitung geht. Sie betreiben Agenda-Setting, indem sie die Themen setzen, die von der Bevölkerung als zentrale Streitfragen des Wahlkampfes erachtet werden. Damit bestimmen journalistische Massenmedien maßgeblich den öffentlichen Diskurs über Politik.

Leitmedien übernehmen traditionell die Rolle von Meinungsführern. Zu solchen zählen die großen überregionalen Tageszeitungen und Magazine wie die New York Times, Washington Post, das Wall Street Journal u. a. sowie natürlich das journalistische Programm der großen Fernsehsender NBC, ABC oder CNN. Allerdings erlebt der politische Journalismus in den USA auch hier eine zunehmende Polarisierung. Diese Entwicklung setzte in den 1990er-Jahren mit einer Verbreitung des Kabelfernsehens ein, als Sender wie MSNBC oder FOX News populär wurden. Heute ist das amerikanische Mediensystem politisch noch stärker an den Rändern ausdifferenziert. Alternative Akteure des politischen Journalismus wie Mother Jones oder Vice sprechen eher das links-liberale Spektrum an, Breitbart oder neuerdings One America News Network (OAN) positionieren sich als Sprachrohr der Rechtskonservativen. Auffällig für diese alternative Publizistik ist, dass Inhalte sich verstärkt über Plattformen wie Facebook verbreiten.

Für die traditionellen Leitmedien hat sich in dieser Hinsicht die Wahlkampfberichterstattung verändert. Insbesondere Washington Post, New York Times und CNN sehen sich mit massi-

ven Hindernissen konfrontiert, beispielsweise, um eine Akkreditierung für Pressekonferenzen im Weißen Haus zu erlangen. Sie sind seit 2016 auch bei Wahlkampfauftritten von Donald Trump Anfeindungen ausgesetzt. Der Ton gegenüber den sogenannten „Mainstream Media“, die Trump allzu gerne als „Fake News“ betitelt, wird immer feindseliger. Bereits unter normalen Bedingungen haben sich die eingespielten Muster der Wahlkampfberichterstattung deshalb verändert.

Die Arbeit der traditionellen Leitmedien hat sich unter TRUMP zunehmend erschwert.

Wir haben bereits aufgezeigt, wie sich das Momentum auf Seiten der demokratischen Kandidaten nach dem Super Tuesday zugunsten von Joe Biden verschob. Die Dynamik dieser Entwicklung ist ein typisches Muster der Wahlkampfberichterstattung: der Horse-Race-Journalismus. Innerhalb dieses Frames wird Politik zur Schaubühne, wo sich schließlich Sieger und Verlierer im Rampenlicht gegenüberstehen. Es zählt die „performance“. Selten ist aber in den tagesaktuellen Wasserstandsmeldungen darüber, „wer das Rennen macht“, ausreichend Raum für Sachthemen. Es ist ein sehr personenzentrierter Zugang der Berichterstattung. Durch das rasante Pandemiegeschehen ist dieses typische Muster derzeit obsolet, denn zumindest Joe Biden, mittlerweile Kandidat der de-

mokratischen Partei, absolviert kaum noch öffentliche Auftritte.

Alternative Wege in die massenmediale Arena zu finden, stellt die Kandidaten vor Herausforderungen. Während sich Trump qua seines Amtes allerdings immer eine Bühne bietet und er zumindest zeitweise tägliche Corona-Briefings als Wahlkampfauftritte zu verstehen schien, suchte Joe Biden fast ausschließlich durch Videobotschaften aus seinem Haus im Bundesstaat Delaware den Weg an die Öffentlichkeit. Eine gezielte Themensetzung, wie sie durch öffentliche Auftritte und andere Anlässe auf dem „Campaign Trail“ möglich und auch notwendig ist, findet so allerdings nicht statt.

Die Videostatements wirkten zumindest anfänglich wenig professionell und improvisiert. Bidens Kampagne war nachweislich zu schlecht aufgestellt, um in dieser Phase das umso wichtigere virale Potenzial solcher Clips auszuschöpfen und den Kandidaten charismatisch zu inszenieren.¹¹ Gerade vor dem bereits thematisierten Hintergrund, dass sich Biden immer wieder damit konfrontiert sieht, Konzentrationsschwächen zu zeigen und den Faden zu verlieren, wurde es noch schwieriger, Scheinwerfereffekte, die vor allem der politische Fernsehjournalismus generiert, für sich zu nutzen.

Donald Trump hat in dieser Situation eigentlich sämtliche Trümpfe in der Hand. Schon unter normalen Umständen gilt es fast als politisches Naturgesetz, dass ein amtierender Präsident, der zur Wiederwahl steht, quasi unschlagbar ist. Denn als Amtsinhaber hat der Präsident ganz andere Möglichkeiten, um Ereignisse, die im Fokus der Medienöffentlichkeit stehen, für Wahlkampfszwecke zu instrumentalisieren. Solche Instru-

mentalisierungen lassen sich in der Berichterstattung von FOX News gut nachweisen. Der rechtskonservative Kabelsender ist nicht nur ein Beispiel für die wechselseitige Orchestrierung der politischen Agenda durch Journalisten und politische Akteure, sondern auch für die Kommerzialisierung des Mediensystems.

Interviews mit Präsident Trump unterstützen die zentralen Thesen eines im Moment tobenden Kulturkampfes, versprechen aber auch sehr gute Quoten. Deshalb ist es in doppelter Hinsicht nicht erstaunlich, dass der Kabelsender der Kampagne eine willfähige Plattform bietet. Zur besten Sendezeit werden virtuelle Townhall-Meetings mit dem Präsidenten und seinen Wählern zu Füßen des Lincoln Memorial ausgestrahlt oder vor der Kulisse des ikonischen Mount Rushmore die Rede anlässlich des Nationalfeiertages mit allerlei Bombast übertragen. Diese Berichterstattung bedient sich einer Strategie, die Hans Matthias Kepplinger als instrumentelle Inszenierung bezeichnet hat.¹² Es geht den Journalisten des Kabelsenders nicht vorrangig um Informationsvermittlung, sondern ganz offensichtlich darum, den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen und durch gezieltes Framing von gesellschaftlichen Streitfragen publizistische und politische Interessen zu verschmelzen.

In den Medien ist teilweise an Stelle von Informationsvermittlung zunehmend eine instrumentell **INSZENIERTE** Berichterstattung zu beobachten.

Dahingegen hat Trumps Herausforderer Joe Biden größere Probleme, Agenda-Building zu betreiben und Ereignissen den eigenen Spin zu geben. Lange Zeit hatte er keine Möglichkeit, seine „talking points“ direkt auf der Medienagenda zu platzieren. In gewisser Weise hatte die Kampagne damit weniger Kontrolle, worüber schließlich berichtet wurde. Ein Beispiel, wie so eine Situation kritisch werden kann, sind die Anschuldigungen der sexuellen Belästigung gegen Joe Biden durch Tara Reid. Allerdings greift der Vorwurf eines Kampagnenjournalismus hier zu kurz. Schließlich sind es Zeitungen wie die New York Times und Nachrichtensender wie MSNBC, die die Vorwürfe aufgreifen, kritisch prüfen und von Biden eingeordnet wissen wollen.

Gleichzeitig verfolgen in dieser Situation vor allem Medien des rechts-konservativen Spektrums eine Strategie, die abermals von Kepplinger als instrumentelle Aktualisierung definiert wurde.¹³ Der Vorwurf des sexuellen Übergriffs wird in der Berichterstattung bewusst in Bezug gesetzt zu den scharfen Anschuldigungen gegenüber Republikanern seitens der Demokraten in der Vergangenheit. Sollte sich der Wahlkampf nicht normalisieren, wird es zahlreiche solcher Störversuche geben, um demokratische Wählergruppen, insbesondere Frauen, zu irritieren. Gleichzeitig erfolgt durch das Hochspielen und am Leben halten der Vorwürfe im medialen Diskurs eine kontinuierliche Aufmerksamkeitsverschiebung, d. h. es soll auch von Donald Trumps fragwürdigem Krisenmanagement während der Corona-Pandemie oder im Rahmen der „Black Lives Matter“-Proteste abgelenkt werden.

Wenn es zu einer Dauerthematisierung solcher Vorwürfe auch in den Leit-

medien kommt, werden diese Themen beim Wähler in der Erinnerung besonders präsent gemacht und beeinflussen zumindest kurzfristig die Beurteilung Bidens durch demokratische Wähler. In der kommunikationswissenschaftlichen Forschung spricht man hierbei auch von einem sogenannten Priming, das durch die Akzentuierung bestimmter Themenaspekte in der Berichterstattung entstehen kann.¹⁴

Von solchen kognitiven Effekten der Medienberichterstattung könnte Donald Trump profitieren, und zwar zunächst überraschend in Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der USA. Sollte sich die amerikanische Wirtschaft bis in den Herbst erholen, mag das der Kampagne des Präsidenten nutzen. Im Moment sinken die Arbeitslosenzahlen wieder und dieser Fakt schlägt sich wiederholt in der journalistischen Be-

**Trump könnte von einem Priming
des Themas **WIRTSCHAFT** profitieren.**

richterstattung nieder. Damit wird indirekt einer der Hauptpunkte von Trumps Kampagne bedient, nämlich die wirtschaftliche Expertise des Präsidenten. Das bereitet demokratischen Strategen schon jetzt Kopfzerbrechen.¹⁵ Diese Entwicklung könnte für die demokratische Kampagne problematisch werden, da die Mehrheit aller Wähler Trump noch immer mehr Kompetenz als Biden zutraut, wenn es um die Wirtschaft geht.¹⁶

Eine positivere Einschätzung Bidens geht in der gegenwärtigen Krisenberichterstattung hingegen unter. Er gilt nach wie vor eher als uninspirierter und zentristischer Kandidat. Es bleibt ungewiss, ob er tatsächlich auch Unentschlossene und Nichtwähler mobilisieren kann. Zu kurz kommt eine Fokussierung von Bidens Stärken, etwa seine Fähigkeit, Allianzen zu schmieden, obwohl das bereits kurz nach seinem Erfolg in South Carolina zu beobachten war. Binnen kürzester Zeit hatte Biden die „endorsements“ von drei Rivalen in der Tasche. Auch mit Bernie Sanders und anderen progressiven Demokraten arbeitet Biden nun enger zusammen. Das unterscheidet ihn sicherlich auch von Hillary Clinton 2016 und könnte dazu führen, dass er als Kandidat von der großen Mehrheit demokratischer Wähler schließlich auch eine breite Unterstützung erfährt.

Seine Fähigkeit, „to reach across the aisle“, wurde über Jahrzehnte im Kongress geprägt und könnte ihn tatsächlich noch zu einer vielversprechenden Wahl für das gesamte Land machen. USA Today urteilte sogar, Biden könne ähnlich überraschend wie Lyndon Johnson in den 1960er-Jahren den Graben zwischen den großen Parteien zuschütten.¹⁷ Es wäre den USA zu wünschen, deren politischen System seit geraumer Zeit durch Stillstand gekennzeichnet ist. Aber solche sehr hoffnungsvollen Einordnungen sind von journalistischer Seite derzeit noch kaum zu vernehmen. ///



/// DR. ANDRÉ HALLER

ist Hochschullehrer für Marketing, Kommunikationsmanagement und Digital Marketing an der FH Kufstein Tirol.



/// DR. HENDRIK MICHAEL

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikationswissenschaft an der Universität Bamberg.

Anmerkungen

¹ Kruschinski, Simon / Haller, André: Back to the Roots?! Der datengestützte Tür-zu-Tür-Wahlkampf in politischen Wahlkampagnen, in: Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein dynamisches Forschungsfeld, hrsg. von Michael Oswald und Michael Johann, Wiesbaden 2018, S. 289-317, DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-20860-8_13

² <https://blog1600penn.com/nicht-mehr-im-rennen-demokraten>, Stand: 9.7.2020.

³ https://www.realeclearpolitics.com/epolls/2020/president/us/general_election_trump_vs_biden-6247.html, Stand: 8.7.2020.

⁴ Ebd., Stand: 1.7.2020.

⁵ https://www.realeclearpolitics.com/articles/2020/06/19/trump_restarts_rallies_as_covid_upends_voter_registration.html, Stand: 6.7.2020.

⁶ Hallahan, Kirk: Strategic Framing, in: The International Encyclopedia of Communication, hrsg.

von Wolfgang Donsbach, 2008, DOI:10.1002/9781405186407.wbiecs107

⁷ Lang, Gladys E. / Lang, Kurt: Watergate. An Exploration of the Agenda-Building Process, in: Mass Communication Review Yearbook 2, hrsg. von G. Cleveland Wilhoit und Harald DeBock, Beverly Hills 1981, S. 447-468.

⁸ <https://www.newyorker.com/news/campaign-chronicles/donald-trumps-empty-campaign-rally-in-tulsa>, Stand: 8.7.2020.

⁹ <https://www.rev.com/blog/transcripts/donald-trump-tulsa-oklahoma-rally-speech-transcript>, Stand: 8.7.2020.

¹⁰ https://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/12/2016/03/FT_16.03.14.EvangelicalVote2.pdf, Stand: 8.7.2020.

¹¹ Thompson, Alex: The Biden campaign faces a mind-boggling challenge: How to make Joe go viral, in: Politico, 3.5.2020, <https://www.politico.com/news/2020/05/03/can-joe-bidens-team-make-him-go-viral-228706>, Stand: 12.7.2020.

¹² Kepplinger, Hans Mathias: Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), 15/1989, S. 3-16.

¹³ Ebd.

¹⁴ Peter, Jochen: Medien-Priming – Grundlagen, Befunde und Forschungstendenzen, in: Publizistik, 1/2002, S. 21-44.

¹⁵ Lizza, Ryan / Lippmann, Daniel: The general election scenario that Democrats are dreading, in: Politico, 26.5.2020, <https://www.politico.com/news/2020/05/26/2020-election-democrats-281470>, Stand: 12.7.2020.

¹⁶ Kahn, Chris: Biden's edge evaporates as Trump seen as better suited for economy, coronavirus response, poll shows, in: Reuters, 6.5.2020, www.reuters.com/article/us-usa-election-poll/bidens-edge-evaporates-as-trump-seen-as-better-suited-for-economy-coronavirus-response-poll-shows-idUSKBN221005, Stand: 12.7.2020.

¹⁷ Tanden, Neera: A lesson about Lyndon Johnson and Joe Biden for progressives in doubt, in: USA Today, 26.4.2020, <https://eu.usatoday.com/story/opinion/2020/04/24/lesson-lyndon-johnson-joe-biden-progressives-bernie-sanders-column/2999880001/>, Stand: 12.7.2020.



Lesch, Harald / Forstner, Ursula:
Wie Bildung gelingt. Ein Gespräch.
Darmstadt: wbG Theiss 2020,
144 Seiten, € 20,00.

/// Lasst uns drüber reden ...

WIE WIRD MAN EIN GEBILDETER MENSCH?

Bildung ist ein sehr hohes Gut und eine wichtige Grundlage jeder Gesellschaft. Gerade derzeit, während der Corona-Epidemie, steht dieses Thema nicht nur in Bezug auf den Unterrichtsbetrieb stark in der Debatte. Aber wie gelingt gute Bildung? Welche Voraussetzungen und Bedingungen braucht sie? Was sollen die Ziele sein? Was verstehen wir heutzutage überhaupt unter Bildung und wie sollte eine erfolgreiche Bildung verlaufen?

Mit diesen Fragen setzt sich der vielen auch aus den Medien bekannte Physikprofessor, Naturphilosoph und Wissenschaftsjournalist Harald Lesch in seinem neuesten Werk „Wie Bildung gelingt“ auseinander. Und er wählt dafür eine ungewöhnliche und etwas andere Form, nämlich das Gespräch. Zusammen mit den befreundeten Philosophen Ursula Forstner und Wilhelm Vossenkuhl entwickelt Lesch Ideen und Impulse für ein Umdenken im Lehrbetrieb.

Überraschend und überaus anregend ist dabei das Novum, in die Diskussion den britischen Mathematiker und Philosophieprofessor Alfred North Whitehead mit seinen Überlegungen via einen fiktiven Dialog mit der Philosophin Ursula Forstner einzubauen. Obwohl bereits 1947 verstorben erscheint Whitehead mit seinen für die damalige Zeit bereits „modernen“ Ansichten zum Thema, nämlich Kinder und Jugendliche als Persönlichkeiten mit einer jeweils individuellen Entwicklung zu sehen, in der Runde durchaus passend und impulsgebend. Die ungewöhnliche Erzählform, den thematischen Faden zwischen den jeweiligen Dialogpaaren hin und her zu reichen, weiter zu führen, ja quasi zu verweben, wirkt nicht nur kurzweilig und sehr lebendig, sondern gelingt auch insofern hervorragend, da Whiteheads Gedanken und Aussagen auf diese Weise auch dem Leser gut nachvollziehbar, schlüssig und verständlich vermittelt werden.

Aber worum geht es nun genau in dieser Streitschrift? Für Lesch ist Bildung ein ganz wichtiger Stützpfeiler der Gesellschaft, insbesondere unserer gegenwärtig so ökologischen und technologisierten. Und eine erfolgreiche Demokratie braucht auch moralisch handelnde, aufgeklärte, also gebildete Menschen. Aber er übt ganz vehement Kritik am derzeitigen Bildungssystem: „Wir müssen uns bilden und nicht ausbilden lassen.“ Und er fordert: „Wir sollten Menschen und nicht Fächer unterrichten.“ Es geht ihm also um Bildung und nicht um reine Wissensvermittlung und -ansammlung.

Über die Frage, was Bildung und Wissen überhaupt ist und ausmacht, nähert man sich dann gemeinsam über die jeweiligen Dialoge den Voraussetzungen

und Bedingungen dazu an. Bildung basiert auf dem menschlichen Drang zur Verbesserung. Man will mehr wissen, vorankommen und Fortschritt. Das war schon immer so. Die kognitive Verbesserung erfolgt vorrangig mittels Bildungseinrichtungen. Und hier nimmt die Kritik und Diskussion ihre Fahrt auf. Muss sich der Mensch perfektionieren oder sollte er sich nicht besser entwickeln? Was ist das „richtige“ Bildungsideal? Wie lernt man am besten und was und wozu? Reine Wissensvermittlung und -anhäufung durch Informationsweitergabe oder auch Einbezug einer Persönlichkeitsentwicklung? Whitehead bringt es so auf den Punkt: „Die Lernenden sind lebendig, sie haben die Fähigkeit der Selbstentwicklung, und Bildung hat den Zweck, diese Selbstentwicklung anzuregen und zu leiten.“ (S. 57). Und darin sind sich alle vier Gesprächsteilnehmer einig: Ein lebendiger Schüler braucht kein „totes“, unnützes Wissen und rein passive Rezeption. Er braucht den konkreten Bezug, die Umsetz- und Anwendbarkeit, gerne auch interdisziplinär und weniger ist auch besser als mehr, dies dafür aber umso gründlicher.

Lebendigkeit verlangt auch Neugier, Originalität, Spiel, Fantasie und Freiheit. Geistiges Wachstum verläuft ja nach Whitehead nicht linear und kontinuierlich, sondern in rhythmischen Zyklen, die aus den Phasen „Romantik“, „Präzision“ und „Verallgemeinerung“ bestehen. (S. 65 ff.) Sozusagen: erstmal – spielerisch – entdecken und erforschen, dann die Entwicklung von Ideen durch Verknüpfung, Anwendung, Erprobung und Einübung und anschließend das Erkennen und Erfassen der Methodik.

Und daran krankt es oft im heutigen Bildungssystem: Zuviel Wissen wird zu

starr und abstrakt vermittelt und weckt so oftmals nicht das Interesse, die Neugier und die Fantasie der Schüler. Soviel Potenzial geht da verloren ... Wissen sollte für Schüler nur ein Instrument, aber niemals Selbstzweck sein. Und der Schlüssel liegt sowieso in der Anwendung.

Auch die Themen Disziplin, Prüfungen, Expertenwissen und lebenslanges Lernen werden von der Runde diskutiert und erörtert sowie die Frage, was nun einen gebildeten Menschen ausmacht.

In ihren persönlich wirkenden Gesprächen analysieren die Autoren sehr lebendig, anregend und praxisnah die derzeitige Bildungspolitik und ihre Defizite. Gleichzeitig zeigen sie aber auch nachvollziehbare und überzeugende Wege und Problemlösungen auf. Der Leser fühlt sich angesprochen und quasi in den Kreis mit einbezogen. Die Themen werden gut und verständlich behandelt und die Impulse durch die wechselnden Dialoge anregend aufgegriffen und weitergeführt. Das Buch sei nicht nur Bildungspolitikern, Lehrern, Studenten, Schülern und Eltern zur erkenntnisreichen Lektüre empfohlen, sondern es ist für jeden interessant und vergnüglich zu lesen. Das Fazit dabei: Der gebildete Mensch versteht die Kunst, sich Wissen nutzbar zu machen, wie es Whitehead so schön auf den Punkt bringt. (S. 45)

VERENA HAUSNER,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



Apolte, Thomas: *Der Mythos der Revolution*.
Wiesbaden: Springer
Verlag 2019, 237 Seiten,
€ 19,99.

„In Polen zehn Jahre, in Ungarn zehn Monate, in Deutschland zehn Wochen, in der Tschechoslowakei zehn Tage und in Rumänien zehn Stunden“ – so in etwa lassen sich die Ereignisse von 1989 zusammenfassen, welche die politische Tektonik in Europa grundlegend veränderten. Viele Beobachter feierten das Geburtsjahr vom Mythos der Revolution der Massen oder zumindest – wie von Fukuyama prognostiziert – das „Ende der Geschichte“. Prof. Dr. Thomas Apolte, Lehrstuhlinhaber für Ökonomische Politikanalyse am Centrum für Interdisziplinäre Wirtschaftswissenschaften der Universität Münster, rechnet mit diesem „überbordenden Optimismus“ (S. 30) der frühen 1990er-Jahre schonungslos ab. Und dennoch ziehen uns revolutionäre Ereignisse in den Bann, denn sie sind oftmals umgeben von einem Mythos, den man z. B. auch am fortwährenden Personenkult um Che Guevara und Nelson Mandela erkennen kann.

Mit seiner Monographie „Der Mythos der Revolution“ verspricht Apolte einem breiten Publikum, „nicht allein ein neues Verständnis von Revolutionen [zu] gewinnen, sondern ganz generell viel über die innere Logik politischer

Macht [zu] lernen und [zu] verstehen“ (S. 9.) Er verzichtet dabei auf große Würfe, wie sie einst Marx und Engels mit ihrer Revolutionstheorie wagten. Vielmehr versucht er, sich der gesellschaftlichen Realität in detaillierter Kleinarbeit anzunähern, indem er „Revolutionen als Ereignisse analysiert, die sich aus dem Zusammenspiel des Handelns vieler individueller Menschen ergeben“ (S. 28). Im modernen Mythos der Revolution beanspruchen revolutionäre Aktivisten, dass sie im Gegensatz zum Diktator die Mehrheit und die Rechte des Volkes vertreten, um nach dessen Sturz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie zu sorgen. Es ist die zentrale Frage des Buches, ob dieser moderne Mythos die Wirklichkeit revolutionärer Ereignisse zutreffend beschreibt. Und schnell wird die ernüchternde Erkenntnis deutlich: Nein, er tut es nicht.

Ein Blick in die Archigos-Datenbank belegt, wie sehr wir Massenaufstände überschätzen. In lediglich 7,2 % aller Fälle, in denen eine Regierung nicht aufgrund einer Wahl ihr Amt verliert, resultiert der Machtverlust aus einem Massenaufstand, während der Großteil von Revolten von einem Militärputsch (59,1 %) ausgeht. Warum Massenaufstände so selten gelingen, erklärt der Autor anhand von drei Erfolgsbedingungen:

Erstens muss es überhaupt zu Massenaufständen kommen. Wer sich beispielsweise in Nordkorea allein auf den Kim-Il-sung-Platz begibt, um gegen Kim Jong-un zu protestieren, begeht praktisch Selbstmord. Traut sich allerdings niemand zu protestieren, wird es nie eine hinreichend große Masse geben, um den Diktator zu gefährden. Folglich gilt: „Das Dilemma der Revolution ist die Machtbasis eines jeden Diktators“ (S.51).

Zweitens, folgt, selbst wenn es gelingt große Menschenmassen zu mobilisieren, daraus noch lange nicht der Sturz des Diktators. Denn dazu müssten die Protestierenden die Polizei und das Militär auf ihre Seite ziehen. Allerdings gehören aber sowohl der Polizei- als auch der Militärschef zum engsten Kreis des Diktators. Wie schwer dieses Problem zu lösen ist, zeigen z. B. die bislang gescheiterten Massenproteste in Venezuela oder in Peking 1989.

Drittens führt ein gelungener Sturz zunächst nur zu einem Machtvakuum. Dass sich darin nur sehr selten eine stabile Demokratie etabliert, hat der Arabische Frühling deutlich gezeigt. Denn es ist gar nicht klar, ob die revolutionären Anführer wirklich geeigneter sind als der vertriebene Diktator. Schließlich sind sie selber ein Produkt und nicht die Ursache des Massenaufstands, auch wenn sie gerne Anderes behaupten. Daher verwundert es nicht, wenn sie später ihre eigenen Ideale verraten und selber ein autoritäres Regime errichten, in etwa wie die Gebrüder Castro in Kuba.

Damit sich eine Revolution nicht als schreckliches Gespenst für die Bürger herausstellt, appelliert Apolte deutlich wie treffend: Weg vom Personenkult! Es dürfe in einer Revolution nicht darum gehen, eine alte Diktatur durch eine neue zu ersetzen, sondern ein schlechtes politisches System durch ein gutes. Daran anknüpfend plädiert er dafür, den Begriff „Revolution“ nicht als „Umwälzung bisher bestehender Machtverhältnisse“ zu verstehen, sondern als solche, „welche die Grundlagen eines bisherigen Machtsystems oder Regelwerks zerstört“ (S. 70). Trotz ihrer bekannten Schwächen lobt Apolte am Ende seines Buchs die Demokratie als die beste aller Regierungsformen. Sie muss geschützt

werden, denn einmal verloren, kehrt sie nicht so schnell zurück.

Blicken wir in die Welt, so scheint das Leben vielerorts von Massenprotesten (wie in Hongkong) oder Revolten (Bolivien) geprägt zu sein. Doch auch in unserer Gesellschaft nehmen Protestformen zu. Diese richten sich zwar nur selten (wie in Katalonien) gegen eine Verfassung als Ganzes, jedoch werden sie häufig (siehe Black Lives Matter oder die Klima-Bewegung) von einem revolutionären Flair und so manchem bekannten Konterfei getragen. Wie sich die Lage in den einzelnen Ländern und Regionen entwickeln wird, kann Apolte freilich nicht beantworten, schließlich besitzt er keine Glaskugel. Diesen Anspruch erhebt er aber auch gar nicht. Vielmehr gelingt es ihm überzeugend, den Mythos der Revolution der Massen zu entzaubern und durch einen wissenschaftlich fundierten Logos zu ersetzen.

Wie schon in seiner letzten populärwissenschaftlichen Monographie „Wohlstand durch Globalisierung“ (2006), in der er ein Plädoyer für offene Grenzen hält, schafft es der Autor auch dieses Mal, einem breiten Publikum wissenschaftliche Argumente näherzubringen, anstatt das Feld Populisten und Romantikern zu überlassen. Wir brauchen mehr Bücher wie diese. Wer etwas über Massenaufstand und Revolte erfahren und lernen will, dem sei das Werk von Thomas Apolte sehr empfohlen.

SEBASTIAN PANRECK,
MASTERSTUDENT UNIVERSITÄT MÜNSTER

Etezadzadeh, Chirine:
**Smart City – Made in
 Germany. Die Smart-City-
 Bewegung als Treiber einer
 gesellschaftlichen Trans-
 formation. Heidelberg:**
 Springer Verlag 2020, 968
 Seiten, € 99,99.



Deutschland gilt, was die Umsetzung der Digitalisierung angeht, als vergleichsweise zurückhaltend. Doch das heißt nicht, dass sich hier nichts bewegt, wie das über 900 Seiten starke Buch zeigt, das Chirine Etezadzadeh herausgegeben hat. Sie ist ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende des Bundesverbands Smart City e.V. und hat selbst ein SmartCity.institute gegründet, das sich mit Forschungsfragen zur Stadt der Zukunft befasst. Für ihr Werk hat die Volkswirtin über 140 Autoren und Mitwirkende aus den unterschiedlichsten Bereichen gewonnen, die interessante Einblicke in ihr spezifisches Arbeitsumfeld bieten, nämlich ihre Aufgaben und Herausforderungen, Digitalisierungsstrategien und Zukunftsvorstellungen.

Um diese Fülle für den Leser fassbar zu machen, wurde das Buch in Handlungsfelder gegliedert. Darunter finden sich Bereiche, die man üblicherweise sofort mit Digitalisierung verbindet, etwa Mobilität, TeleMedizin und Bildung, aber auch solche, die meist weniger im Fokus stehen, wie Kunst, Lebensmittel oder Stadtbegrünung. Insgesamt sind es 18 Abschnitte. Zu jedem gibt es einen kurzen Vorspann, bei dem sich die Herausgeberin Gedanken zur Bedeutung des jeweiligen Themas macht und den roten Faden der Autorenbeiträge aufzeigt.

Um das Anliegen des Buches wirklich zu verstehen, sollte man das Vorwort und die Einführung der Herausgeberin lesen. Denn die große Überschrift „Smart City“ dürfte den meisten Leser zunächst suggerieren, es gehe um Digitalisierungskonzepte für (Groß)städte. Tatsächlich sollen aber alle Gemeinden, Städte und Regionen unabhängig von ihrer Einwohnerzahl angesprochen werden. Diese erwartet freilich kein Masterplan, aber heranführende Gedankenanstöße und eine große Bandbreite an Expertise. Dabei wird klar: Digitalisierung macht sich nicht von alleine, sie muss gestaltet werden. Zumal die technischen Möglichkeiten zu mehr Effektivität, Flexibilität und Nachhaltigkeit führen können – oder aber zu neuen Machtstrukturen, Abhängigkeiten und zu einer Spaltung der Gesellschaft.

Etezadzadeh geht es daher letztendlich um weit mehr, nämlich um die Frage, wie wir in Deutschland und Europa in Zukunft leben wollen (S. XIX). Mit ihrem Buch will sie dazu beitragen, dass der Digitalisierungsprozess in einem Diskurs gemeinschaftlich gestaltet wird und mit einem gesamtgesellschaftlichen Nutzenzuwachs einhergeht: „Eine solch kooperative Haltung“, so ihre Hoffnung, „wird uns letztlich von anderen Smart-City-Konzepten der Welt unterscheiden, die von wenigen geschaffen, implementiert und kontrolliert werden“ (S. XXI).

Ihre Konzeption beinhaltet dementsprechend ein normatives Leitbild, aus dem sie ihre Definition von Smart City herleitet (S. 10): „Unter einer Smart City verstehen wir eine nachhaltige Stadt oder Gemeinde, die ein gutes (Zusammen-)Leben ihrer Bewohner (Menschen, Tiere und Pflanzen) fördert [...]“. Die Mittel der Digitalisierung sind nur Mittel zum Zweck. Sie sind maßvoll und

besonnen einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen, aber nicht um jeden Preis.

Wenn man um diesen Ansatz weiß, kann man auch ahnen, warum sich unter den Kapiteln auch recht exotisch anmutende Ausreißer finden – Projekte, die ohne digitale Hilfsmittel arbeiten, aber als Anschauungsbeispiel der zuvor beschriebenen Bewegung für ein gutes Zusammenleben dienen, wie etwa die „KulturLeben Berlin-Teilhaber für Menschen mit geringen Einkünften“, „Die Ulme als smarter Citybaum“ oder „Rettet das Huhn“.

Damit hebt sich das Buch von anderen ab, denn nur selten bezieht es sich auf einschlägige Modell- oder Vorzeigeprojekte. Die Vielfalt der vorgestellten Beispiele ist, sowohl bezogen auf das Buch insgesamt wie auch auf die Auswahl der einzelnen Akteure innerhalb der Handlungsfelder, groß. Der Einzelhandelsriese REWE etwa schildert, wie er mit Online- und Lieferangeboten neue Zielgruppen erschließt, eine Kommune, wie sie durch die Verknüpfung von analogen und digitalen Erlebnissen ihre Unternehmen unterstützen wollen, während ein Start-Up es Großstädtern ermöglicht, ihr eigenes Gemüsebeet auf dem Land durch digitale Fernsteuerung zu bewirtschaften.

Auch wenn die kommunale Ebene ein besonderer Schwerpunkt und Zielgruppe des Buches ist, werden die Kapitel nicht allein auf deren Pflichtaufgaben oder Perspektive beschränkt. Der Leser erhält faszinierende Einblicke in die Welt der Energiewirtschaft, wenn Übertragungsnetzbetreiber, Energieversorger und Forscher darstellen, wie sie im Zuge der Energiewende ihr Selbstverständnis ändern mussten, vor welchen komplexen Herausforderungen sie stehen und wie ihre digitalen Visionen aussehen. Auch andere Bereiche wie die Wasser-, Abfall- und Bauwirtschaft oder Verkehr und Logistik

vermitteln interessantes Hintergrundwissen und nehmen uns mit in eine Zukunft voller intelligenter, smarter Infrastrukturen. Dabei fließen mitunter Begriffe wie Smart Grids, Peer-to-Peer-Trading oder Big Data Analytics mit ein, doch die Beiträge sind immer verständlich und nachvollziehbar geschrieben. Und zum Teil gehen die Autoren auch selbst auf (derzeitige) Hürden oder Bedenken ein.

Trotz der Fülle – oder dadurch angelegt – fallen dem Leser vielleicht Handlungsfelder ein, die im Buch nicht vorkommen, etwa Beiträge zur barrierefreien Stadt, zur Touristeninformation und -lenkung oder zum Flächenmanagement. Dafür runden die Kapitel zur Sicherheit und Resilienz und zur neuen Ökonomie das Spektrum insofern positiv ab, als hier auch kritisch auf mögliche Disruptionen und Bedrohungen eingegangen wird. In ihrem Appell am Schluss hebt die Herausgeberin nochmals die politischen Errungenschaften und gesellschaftlich kultivierten Werte hervor, die Deutschland bisher geprägt und erfolgreich gemacht haben und die auch im Digitalen Zeitalter gepflegt werden sollten, darunter Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz.

Wer sich für zukünftige technische Entwicklungen interessiert und sich in der normativen Zielrichtung des Buches wiederfindet, dem bietet es Gedankenanstöße zu den Licht- und Schattenseiten der digitalen Welt und abwechslungsreich komponierte Einblicke in kleinere wie größere Vorhaben von NGOs und Start-Ups über Verwaltungen und Verbände bis hin zu Branchenriesen und Forschungseinrichtungen.

SILKE FRANKE, DIPL.-GEOGR.
 HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen/ bestellt werden:



AKTUELLE ANALYSEN
77: Informationsbedrohungen
– Herausforderungen für den europäischen Informationsraum
(in Deutsch und in Englisch)



AKTUELLE ANALYSEN
78: Protestbewegungen in Russland:
Zwischen Aufbruch und Stagnation



KOMPASS
Wehrhafte Demokratie – Wegweiser
im digitalen Raum für ehrenamtlich
und politisch Verantwortliche



75 „ENTHÜLLUNGEN ÜBER EINE PARTEI“
Was Sie über die CSU wissen sollten

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 494 „Bildung und Schule von morgen“ mit Beiträgen
von Joshua Grasmüller, Heinz-Peter Meidinger und Corinna Storm

Herausgeber:

© 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär: Oliver Jörg
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

Redaktion:

Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit GmbH | trurnit Publishers

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.
Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:
iStock.com/Tetiana Soares